Alhambra

zeitung und programm

juni `04

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt:

Der 1. Mai in Oldenburg 3
Freiheit für Mumia 10
Einladung zur Rebellion 12
Prostitution, Migration & Illegalität . . . 14
Jüdisches Theater17 . . . . . .
Europa auf dem Weg zur Weltmacht . . 18
Definitiv links- der Fall Mia 24
Konzerte 27

Nazis feiern im Litfaß

Am 19.05. fand in der Oldenburger Kneipe „Litfaß" eine Geburtstagsfeier mit ca. 60 Personen statt. Etwa die Hälfte der „Feiernden" war eindeutig der rechten Szene zuzuordnen. Obwohl der Wirt sowohl von den Bullen, als auch von AntifaschistInnen einen Tag zuvor vorgewarnt wurde, sah er keine Veranlassung, das braune Gelage im Vorfeld abzusagen. Auch an dem Abend wurde er mehrfach aufgefordert, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Feier zu beenden. Dieses kommentierte er lapidar mit dem Satz: „Wieso, die benehmen sich doch gut." Für uns ist es erschütternd zu sehen, daß gerade eine dem alternativen Spektrum zuzuordnende Kneipe, ihre Räumlichkeiten Nazis zum ungestörten Feiern zur Verfügung stellt. Es spielt keine Rolle ob sich die Nazis mal „gut benehmen" oder nicht. Denn sie werden das tun, was Nazis eben tun, wenn mensch sie nicht daran hindert. Jeder Raum, den sie durch falsche Tolerierung (oder etwa heimliche Sympathie?) in Anspruch nehmen können, verschärft das rassistische und sexistische Klima und schafft den Faschos Möglichkeiten für ihre menschenverachtende Propaganda und letztlich gewaltätige Übergriffe.

Wir fordern alle auf, das „Litfass" bis auf weiteres zu boykotieren.

Kein Raum, keine Kneipe, kein Bier für Nazis!

P.S.: In der nächsten Ausgabe gibt`s mehr dazu!

Der 1. Mai in Oldenburg

30.4.: Gut besuchtes Rock-gegen-Rechts-Konzert

1.5., 10 h: Nur ungefähr 250 Leute bei DGB-Demo // eher lahme Stimmung

1.5., 12 h: Cirka 500 bei revolutionärer 1. Mai - Demo // geplante Route gegen Polizei durchgesetzt // Wetter genauso schön wie Demo

Zusammengefasst war es wieder mal ein ganz netter 1.Mai in Oldenburg, über die relativ schwache DGB-Demo konnte die - meiner Meinung nach - bisher größte, entschlossenste und lauteste revolutionäre 1.Mai - Demo in Oldenburg problemlos hinwegtrösten.

Das Maiwochenende wurde bereits am Abend des 30.4. durch ein gut besuchtes, wie ich finde jedoch insgesamt eher unpolitisches Gegen-Rechts-Konzert der DGB-Jugend (http://www.dgb-jugend-oldenburg.de) eingeleitet.

Am nächsten Tag begann dann um 10 Uhr die traditionelle, gewerkschaftliche Demo, an der sich rund 250 Menschen, darunter (sehr unschön) auch wieder zahlreiche Oldenburger SPD-Exponenten beteiligten. Das einzig erwähnenswerte an der ansonsten äußerst kraftlosen Demo war eine recht gelungene und kritische Rede eines ALSO-Vertreters (http://www.also-zentrum.de) auf der ansonsten von der üblichen sozialpartnerschaftlichen Phrasendrescherei dominierten Abschlusskundgebung. Anschließend gab es ein Gewerkschaftsfest mit einigen Infoständen und primär Bierausschank auf dem Schlossplatz. Einige TeilnehmerInnen zogen daher sofort weiter zur revolutionären Demo, die gegen 12:40 von der Kaiserstraße aus loszog. Die mindestens 500 TeilnehmerInnen des unangemeldeten und unter dem Motto „Alles für alle - und zwar umsonst! Deutschland halt's Maul" stattfindenden Aufzugs waren - nicht nur dank guter Musik vom Lauti - weitaus lautstarker. Die häufigsten Parolen waren „Alles für alle - und zwar umsonst" und „Mehr Sozi, mehr Rente, weg mit der Polente" -> diese geleitete die Demo mit eher lockerem Spalier und die Stimmung gegenüber den unbehelmten OrdnungswüterInnen war zunächst auch eher entspannt. Es folgten verschiedene Redebeiträge: von der ALSO (ziemlich lang & theoretisch, für die Hitze eher ungeeignet), dem SchülerInnbündnis http://www.usb-ol.tk (gefiel mir gut - Brückenschlag zwischen zunehmend liberalisiertem Kapitalismus und repressiver Bildungspolitik), der SDAJ http://www.sdaj-oldenburg.de.tk (ging so - ziemlich traditionell sozialistisch), einer bislang unbenannten und -bekannten Gruppe gegen Innenstadtausgrenzung (persönlich und ironisch - kam sehr gut an), dem AntiRa-Bündnis (gegen Abschiebelager usw.) und dem autonomen Organisationsbündnis (ging auch klar). Theoretisch derart inspiriert gab es auch noch ein bisschen Ärger, als die Demo entgegen der Absprache statt um die Innenstadt herum den Weg auf den zentral gelegenen Marktplatz und anschließend auf den Schlossplatz, wo immer noch das DGB-Fest lief, einschlug: scheinbar völlig überrascht (obwohl letztes Jahr genau das selbe lief) rannten die Spalierbullen vor die Demo und bildeten hier eine provisorische Blockadereihe. Als sie von der Demo immer weiter weggedrängelt wurden und immer mehr Leute in die Innenstadt durchbrachen, begannen sie unter dem Fronttransi durchzutreten und darüber hinwegzuschlagen. Aus der Demo heraus flogen einige Farbbeutel und angeblich (hab ich nicht gesehen) auch Knaller. Schließlich sah sich die Einsatzleitung gezwungen, die Demo doch in die Innenstadt durchzulassen was, obwohl die Route auch schon im letzten Jahr durchgesetzt worden war, zu euphorischem Jubeln aus der Demo und einem trockenen „Geht doch!"-Kommentar vom Lauti führte. Anschließend ging es weiter zum Alhambra, wo im Sonnenschein ein Straßenfest mit Hüpfburg, fetter Vokü und Musik stattfand. Mir wurde noch erzählt, dass die Cops noch versuchten, einige DemonstrantInnen (wahrscheinlich die Farbei-WerferInnen) aus der Demo zu greifen, was von einigen entschlossenen Leuten verhindert wurde. Alles in Allen mit den bisher meisten TeilnehmerInnen, der erneut durchgesetzten Route, dem schönen Wetter und den vielen Reden und Transpis die m.E. coolste autonome 1.Mai-Demo in Oldenburg bisher.

gefunden bei:
www.de.indymedia.org

Rede der ALSO am Arbeitsamt

Liebe Kolleg- und GenossInnen,

am 3. April in Berlin, es muß wohl auf dem Alexanderplatz gewesen sein, hat Dirk Hauer von der Sozialpolitischen Opposition Hamburg – manche kennen ihn auch als Redakteur von 'analyse & kritik' – eine wirklich bemerkenswerte Rede gehalten. Aber wir waren ja am Breitscheidplatz – da haben wir also was verpasst...Als ich sie paar Tage später zu Gesicht bekam, dachte ich: das ist meine Vorlage für eine Mairede. Aber warum eigentlich das Rad immer neu erfinden? Neue Formulierungen suchen, um doch das gleiche zu sagen?Ich mach's mir also leicht und trage Euch – allerdings doch mit paar Veränderungen – seine Rede vor. Wer sie schon kennt, muß sich also jetzt paar Minuten langweilen. Bitte tut das für die, denen sie neu ist.....

... seit vor Jahren die Modernisierer der SPD angetreten sind, ihre Partei zu moder-nisieren – und nach ihrem Bild das ganze Land –, überschlagen sich die Ereignisse: Märkte werden modernisiert – kann ich mir noch vorstellen –, dann auch die Gesundheit – schon schwieriger –, und jetzt haben sie sogar einen „modernen Gerechtigkeitsbegriff" erfunden, die „Leistungsgerechtigkeit".Nun: Gerechtigkeit in der kapitalistischen Gesellschaft war immer schon modern – und auch ziemlich vetrackt. Denn in ihrem Kern meint die Gleichheit aller vorm Gesetz ihre Gleichheit als Warenbesitzer – was immer ihre Ware sei. Aber genau dieser Unterschied – ob es Kapital ist oder Arbeitskraft – ist entscheidend; auf ihm beruht das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis.Und die Rechtsgleichheit hebt dieses Herrschaftsverhältnis nicht etwa auf – im Gegenteil: sie gibt ihm bloß seine juristische Form und verschleiert es zugleich, indem sie das Ungleiche gleich behandelt. Wenn also die Herrschenden Gerechtigkeit so beredt im Munde führen, sollten wir hellhörig werden. Wen wundert's dann noch, wenn die SPD-Grundwerte-kommission eine ganz spezielle Gerechtigkeit erfindet, nämlich „gerechte Ungleichheiten". Gleichheit – soziale nämlich – und Umverteilung sind, so Wolfgang Clement, erstens ineffizient und deswegen zweitens ungerecht. Freie Fahrt den „Tüchtigen", Du bist Deines Glückes Schmied – aber natürlich hilft es, wenn Dir wer den Blasebalg tritt, und wenn Dir die ganze Schmiede gehört, kannst Du auch gleich wen anders für Dich schmieden lassen. Gerechtigkeit eben...Oder noch so eine Kostbarkeit: die Generationengerechtigkeit! Philipp Missfelder, Vorsitzender der Jungen Union. hatte im Sommer letzten Jahres diese Idee – gemeinerweise, bevor Ulla Schmidt drauf kommen konnte: „Ich halte nichts davon, wenn 85jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen." Dafür sind die Sozialversicherungssysteme schließlich nicht da – das Wohl und Wehe der selbsternannten „Leistungsträger" wird zum neuen Gerechtigkeitsmaßstab. Leistungsgeminderte, Leistungsunfähige und erst recht Leistungsunwillige sind ihnen bloße Kostenfaktoren; Ausgaben für die gleichberechtigte und gleichwertige soziale Sicherheit aller deshalb reine „Fehlinvestitionen". Was wir heute mit der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme erleben, ist eine neue „Verwertungsgerechtigkeit", eine Gerechtigkeit, die sich nur am Nutzen für den Standort und die ungehinderte Kapitalakkumulation orientiert. Die neue Gerechtigkeit ist deshalb der Terror der Ökonomie – der „Aktivierung", der lebenslangen Flexibilität, Produktivität, Selbstverwertung und Eigenverantwortlichkeit. Der Sozialstaat war noch nie eine besonders gemütliche Veranstaltung – und ist es schon gar nicht, wenn er wirklich gebraucht würde. Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und Migrant-Innen können seit Jahren ein Lied davon singen. Letztlich ging es immer nur darum, die Kosten der Ware Arbeitskraft zu regulieren. Dabei hing die Zugehörigkeit zur Solidargemeinschaft – auch so ein Wortun-geheuer – schon immer an der Nützlichkeit des Staatsbürgers. Die sogenannte soziale Frage fragt nach dem Umgang mit denen, die unter den Prämissen und Normen der Kapitalverwertung „nicht zu gebrauchen" sind: Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, Drogen-abhängige, Bettelarme...Mit 20 Jahren Verspätung wird heute die Kohlsche Wende Realität. Wir erleben einen flächendeckenden Angriff auf halbwegs egalitäre Vorstellungen von sozialer Absicherung, die in früheren Kämpfen – und sei es auch nur ansatzweise – in den Sozialversicherungssystemen durchgesetzt werden konnten.Übrigens war die Rede von deren „paritätischer Finanzierung" immer schon reine Flunkerei: natürlich sind auch die Kosten der sozialen Sicherung – auch die sogenannten Arbeitgeberanteile – Teil des Lohns, der Reproduktionskosten der Arbeitskraft, gezahlt aus dem Wert, den sie geschaffen hat. Wenn wir von gesellschaftlichem Reichtum reden, sollten wir deshalb klar haben, daß der eigentlich nur aus „Arbeitnehmeranteilen" besteht – wenn nicht auch dieses Wort an sich so bescheuert wäre...Der flächendeckende Angriff auf das bisschen soziale Sicherheit – die Agenda 2010 – ist also eine brutale Verarmungsstrategie gegen abhängig Beschäftigte und Erwerbslose und gleichzeitig eine

gigantische Entlastung der Kapitalisten: die müssen in Zukunft wesentliche Teile des Lohns nicht mehr zahlen – es sei denn, die Lohnabhängigen holten sie sich zurück. – wär' ja mal was Neues!Doch der „akti-vierende Sozialstaat" ist nicht nur neoliberal, sondern auch extrem autoritär: erst die Pflicht und dann noch mal die Pflicht; keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung; Rechte und Ansprüche wollen erstmal verdient sein. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muss das tun; wer fragt noch nach Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sinn der Arbeit? Überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben, ist schon Lohn genug für die tägliche Knüppelei. Diese Botschaft richtet sich an alle, nicht nur an Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen: Die Wirklichkeit hat die Trennung von Normalarbeitsverhältnis und prekärer Beschäftigung längst aufgehoben. Prekäres, unsicheres, gehetztes und flexibles Arbeiten, mit oder ohne Tarif, ist heute der Normalzustand. Täglich wird uns eingebleut: alle seien verpflichtet, sich selbst zu helfen – durch Lohnarbeit und Selbstverwertung jeder Art. Alle – Erwerbslose wie Beschäftigte – sollen sich heute wie „Arbeits-kraftunternehmer" – ein Widersinn an sich – verhalten, zunehmend laufen wir alle mit dem Unternehmer im eigenen Kopf herum. Die „Ich-AG" ist das Leitbild der Gegenwart.Nicht die Verhältnisse, die Armut und Ausgrenzung erzeugen, sollen geändert werden; die Menschen, ihre Interessen, Bedürfnisse und Verhaltensweisen sollen an diese Verhältnisse angepasst werden. Und das per Zwang – dem stummen ökonomischen, aber wenn der nicht reicht, geht's auch anders. Das ist die brutale Wahrheit und die tägliche Gewalt hinter den Arbeits- und Sozialämtern und den Floskeln von „Aktivierung" oder „fördern und fordern".Wir sprängen also viel zu kurz, wenn wir nur den Sozialkahlschlag und nicht gleichzeitig auch den sozialpolitischen Obrigkeitsstaat angreifen. Neben den Verteilungsverhältnissen müssen soziale Protestbewegungen die grundsätzlichen Strukturen kritisieren, die Einfallstor sind für Pflichtgedanken, Ausgrenzungen und bürokratische Bevormundungen. Und sie müssen gesellschaft-liche Verhältnisse radikal in Frage zu stellen, in denen Menschen zu Produktions-, also letztlich Kostenfaktoren verkommen.Wenn heute „soziale Gerechtigkeit" umdefiniert wird – z.B. mit der Frage, wie viel die Alten denn kosten dürfen –, sollten wir neu bestimmen, was wir darunter verstehen, welches Menschenbild das unsere ist, wie unserer Meinung nach eine Gesellschaft aussehen soll, in der ein schönes Leben für alle möglich ist, ein Leben ohne Existenzsorgen.Deshalb beharren wir auf sozialem Anspruchsdenken:·

Wir beharren auf dem Anspruch auf individuelle und kollektive Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums, ·

Wir beharren auf dem Anspruch auf ein gutes Leben für Alle – für jeden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe oder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt. ·

Und wir beharren auf dem Gleichheitsanspruch : „Alles für Alle"! Dem Diktat der Nützlichkeit fürs Kapital, der Verwertbarkeit, setzen wir ein unteilbares Existenzrecht entgegen, ohne irgendwelche Vorbedingungen:·

das Recht auf existenzsichernde Einkommen,

das Recht auf individuelle Autonomie – soweit diese Gesellschaft die überhaupt zuläßt –, auf Selbstbestimmung und persönliche Integrität. ·

Und wir verteidigen das Recht, unflexibel, unmodern und immobil zu sein und dennoch gut zu leben! Franz Müntefering hat mal gemeint, es sei normal und zumutbar, für einen Job von Mecklenburg-Vorpommern nach München zu ziehen und dabei vertraute soziale Bezüge aufzugeben. Na, dann soll er doch nach drüben gehen! Aber die sozialen Ansprüche an Einkommen, Jobs und Lebensqualität von denen, die aus welchen Gründen auch immer nicht so flexibel sein wollen, sind deswegen um keinen Deut weniger berechtigt.Soziale Grundrechte zielen nicht nur auf die Teilhabe von Armen und sogenannten Randgruppen. Sie betreffen ganz zentral die Frage, wie in diesem Land gearbeitet wird:· wer · unter welchen Bedingungen · und für wen eigentlich · was produzieren soll – und wer darüber entscheidet. Vielleicht nennen wir das dann „Klassengerechtigkeit", wenn wir fragen:wie viel dürfen eigentlich Unternehmer kosten? Und ob sie künstliche Hüftgelenke brauchen, wenn wir ihnen Beine machen, soll dann unsere geringste Sorge sein. Ansprüche und Rechte machen also weder vor den Fabriktoren halt, noch vor den Büros oder den Küchen und Wickelkommoden der privaten Haushalte. Es geht eben nicht nur um ein Stück vom Kuchen – ein etwas kleineres, ein etwas größeres –, sondern um die Aneignung und Umgestaltung der ganzen verdammten Bäckerei.–Das war's, was ich Euch – teils mit Dirks Worten, teils mit meinen – sagen wollte. Daß wir – die, die sich in der ALSO oder um sie herum engagieren und organisieren, und die, deren Bezugspunkt das Alhambra ist – in vielem übereinstimmen, wundert mich gar nicht... – und trotzdem wissen wir, daß die Zusammenarbeit zwischen uns oft genug schon geklemmt hat – Ihr wisst das so gut wie ich.Die Gründe sind manchmal sonnenklar, manchmal nur schwer zu begreifen. Leicht zu begreifen sollte aber sein: ·da, wo die Ziele uns einen, sollten wir gemeinsam für sie eintreten; ·gegen das, was uns gleichermaßen bedroht, sollten wir uns gemeinsam wehren. Anlässe wird es mehr geben, als uns lieb sein kann – wir sollten wenigstens was draus machen. Und natürlich sollten wir die Differenzen, die dann trotzdem noch bleiben, diskutieren; und hoffentlich finden wir auch die solidarische Form, die es dazu braucht...Und jetzt können wir von mir aus weitergehen...

... vielleicht machen wir ja Fortschritte...

Rede von Swimmy am Lappan (1)

Hallo.

Ich rede für das „Oldenburger Schülerinnenbündnis SWIMMY" und wir freuen uns, auf dieser großartigen Demonstration zu Wort zu kommen. Der I. Mai ist traditionell ein Tag, an dem Menschen auf die Straße gehen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Und gerade in unserer heutigen Situation ist es wichtig, dafür zu demonstrieren.

Die sich immer weiter verschärfende neoliberale Wirtschaftspolitik der Herrschenden dieses Landes, die heute in der totalen Zerschlagung des Sozialstaates endet, spiegelt sich auch in der Bildungspolitik wieder.

Nicht, dass es vorher wesentlich besser gewesen wäre, aber mit den neuen, ausschließlich auf die Interessen der Wirtschaft ausgelegten, „Reformen" der CDU-fdp Landesregierung verschärfen sich der Leistungsdruck auf die Schüler und die sozialen Ungerechtigkeiten in der Schule enorm.

Mit der Abschaffung der Orientierungsstufe und dem damit verbundenen Einteilen der Schüler nach der 4. und nicht wie vorher nach der 7. Klasse beginnt die soziale Selektion bereits im Kindesalter. Dass bei der Wahl des Bildungsweges der soziale Stand der Eltern eine bedeutende Rolle spielt, ist nichts Neues. Schon heute schaffen nur ca. 10% der Kinder aus sozial schwachen Familien den langen Weg über das Gymnasium auf die Uni, während es bei den Kindern der Oberschicht stolze 80% sind. Denn wer sich, bei stetig wachsendem Leistungsdruck durch zentrale Vergleichstests, so z.B. nach der 10. Klasse und jetzt auch im Abitur, und Verkürzung der Schulzeit auf 12 statt wie bisher 13 Jahre, teure private Nachhilfestunden nicht leisten kann oder gar noch zuhause mithelfen muss kann dem Druck nicht standhalten und wird knallhart aussortiert.

Mit der Abschaffung der Lehrmittelfreiheit im kommenden Schuljahr, welche eine Mehrbelastung von bis zu 400 Euro pro Jahr und Kind für die Familien bedeutet, werden Eltern, die Arbeitslos sind oder Sozialhilfe empfangen, künftig zweimal Überlegen müssen, ob sie es sich noch leisten können, ihr Kind nach der 9. oder 10. Klasse weiter zur Schule gehen zu lassen

Wer außerdem noch in irgendeiner Art und Weise anders ist bzw. eine andere Politische Meinung vertritt und nicht den Ansprüchen und Vorstellungen der wirtschaftlichen Interessen entspricht sieht sich danach einem repressiven Bildungsapparat ausgeliefert, der seine Schüler, durch von der Wirtschaft geforderte und eingeführte Kopfnoten und nach Vorstellungen einiger verirrter CDU Politiker auch durch elektronische Fußfesseln für sogenannte „Vielschwänzer", zum Ruhighalten zwingen will. Die steigende Kriminalität an den Schulen soll durch Videoüberwachung in den Griff bekommen werden. Ein weiterer Schritt zum totalen Überwachungsstaat. Über die Gründe von „Vielschwänzerei" und wachsender Kriminalität macht sich mal wieder niemand Gedanken. Das der, durch Mittel wie das Zentralabi, immer weiter zum Frontalunterricht ausartende Schulalltag die Schüler in keinster Weise zu motivieren vermag oder gar ihre Interessen anspricht, passt nicht in das Bild der Wirtschaftslobbyisten, denn schließlich muss der Stoff am Ende des Jahres sitzen, damit die Schüler nach der Schule der Wirtschaft sofort zur Verfügung stehen. Wer da nicht ohne zu mucken mitmacht wird als faul und dumm abgestempelt.

Der Trend zur Zweiklassenbildung, der den Reichen und Mächtigen in diesem Land ihre Herrschaft sichern soll, setzt sich mit diesen „Reformen" ungehindert fort. Während Gesamtschulen, die mit ihrem Konzept wenigstens noch ein wenig bemüht sind, Schwächere zu integrieren, (hier werden Haupt-, Real- und Gymnasialschüler bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet und es gibt bis Klasse 8 keine Noten), um ihre Existenz bangen müssen, kommen immer neue Pläne für überfinanzierte Elite Schulen und Universitäten ins Gespräch. Schließlich braucht man ja eine gut ausgebildete Führungs- und Leistungselite um den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten, wie es immer so schön heißt. An einer breiten, freien, für alle zuggängigen Bildung ist in der von der Wirtschaft bestimmten Politik niemand interessiert. Der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck, siehe Agenda 2010, Aufrüstungswahn, verstärkte Innenstadtüberwachung und, und, und, spiegelt sich auch und gerade im Bildungssystem wieder, denn genau wie in der Arbeitswelt und in den Sozialsystemen geht es nur um wirtschaftliche Profite, Absatzmärkte, billige Arbeitskräfte und Konkurrenzfähigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem. In der kapitalistischen Logik der Banken und Konzerne ist der Mensch nur eine Ressource, die es gilt möglichst gewinnbringend auszubeuten. Dies bekommen wir jeden Tag immer deutlicher in der Schule, im Betrieb, zu Hause und auf der Straße zu spüren. Und in diesem System wird sich auch nichts Grundlegendes daran ändern. Es gilt dieses System des Kapitalismus zu überwinden und für eine lebenswerte, freie, gleichberechtigte Gesellschaft zu kämpfen. Dieses Ziel können wir nur gemeinsam erreichen und wir werden es nicht durch betteln und bitten schaffen. Deswegen organisiert euch, kommt zum Schülerinnenbündnis ins Alhambra immer Donnerstags um 17.00 Uhr.

Soziale Rechte werden erkämpft und nicht erbettelt.

Wir kriegen nur das, was wir uns nehmen.

Rede von noname an Lappan (2)

Endlich wieder Sonne,

dachte ich letztens und wollte in die Stadt gehen, um ein Feierabenddosenbier zu schlürfen und ein bisschen abzuhängen. Kaum hatte ich mein Bier und wollte mich irgendwo hinsetzen, da fingen die Probleme an. Wohin setzten? Bänke, Fehlanzeige. Stühle mit Sitzkissen, Sofas für alle, Liegen für lau? Wohl nicht. Wollte ich William Whyte glauben, der sagte dass, „die Qualität jeder städtischen Umwelt sich in erster Linie daran messen lässt, ob genügend bequeme Plätze zum Hinsetzen für Fußgänger verfügbar sind", dann hätte ich wohl nach Hause gehen sollen. Aber unsereins lässt sich ja nicht so schnell durch kleine Schlechtigkeiten beeindrucken. Also, Pulli aus, unter`n Arsch und ab auf die Steinstufen. Wenigstens die Sonne ist noch umsonst. Da saß ich nun, mein Bier fast auf, Sonne auf`m Bauch als plötzlich ein Schatten auf mich fiel: „Guten Tag, ihren Ausweis bitte." Wie, dachte ich, Dosenpfandkontrolle oder was? Auf meine Nachfrage warum, kam nur ein flapsiges: „Sie sehen nach Klientel aus, sie wissen schon... Haben sie schon einen Platzverweis? Nachdem ich verneinen musste, dieses SpecialAngebot wahrgenommen zu haben, kam nur noch: „Jetzt schon, ab geht`s, diese Richtung!"

Du fliegst also aus der Stadt, wenn du wie Klientel aussiehst. Aber welches Klientel meinte der junge Mann in der Jeansjacke und der großen Gürteltasche? Er meinte wohl, ich sehe so dürr aus wie ein Junkie, bin so schnodderig angezogen wie ein Punker, oder so dunkelhaarig wie ein gefährlicher Drogendealer Terroristen Asylant. Naja, so oder so hätte ich dann wohl nix in unserer wunderbaren Innenstadt zu suchen.

Diese Anekdote ist allerdings nur ein kleiner Teil einer Politik, die die Innenstadt in den letzten Jahren massiv verändert hat. Angefangen mit der von mir geschilderten Vertreibungspolitik nicht konformer, oder nicht zahlungskräftiger Menschen durch willkürliche Kontrollen und Platzverweise. Über die immer massivere Kontrolle durch Kameras, die heute schon große Teile der Fußgängerzone abdecken. Hin zu privaten Sicherheitsdiensten und provisionsgeilen Ladendetektiven. Aber es wird nicht nur so direkt vertrieben. Viel subtiler sind da so Dinge, wie die kostenlosen, bequemen Sitzgelegenheiten an jeder Ecke, die dazu einladen sich einfach eine Weile Aufzuhalten, die nicht existieren. Die nicht Ladeninternen Spielplätze, wo die lieben Gören spielen können, ohne dass die Eltern mitten in den Superbonusangeboten stehen. Auch die gibt es nicht mehr. Es ist inzwischen nicht mehr möglich, sich längere Zeit in der Innenstadt aufzuhalten, ohne irgend etwas zu konsumieren. Wie auf Fließbändern wälzen sich die Massen ohne anhalten zu können, von allen Seiten beäugt, von links und rechts berieselt mit lockenden Lichtern und entnervend langweiliger Popmusik. Gegen Abend dann folgt einer der letzten Akte im lustigen Kammerspiel der Ausgrenzung und Vertreibung. Kaum schließen die Läden, da werden auch Teile der Innenstadt, wie der Herbartgang, mit großen Gittern verrammelt. Geplant, verwaltet und vorangetrieben werden diese Entwicklungen von so vertrauenserweckenden Organisationen wie dem CityMannagemantOldenburg, dem Präventionsrat und der Stadtverwaltung. Schritt für Schritt verwandeln sie die Innenstadt, einer der Orte, wo mensch sich treffen, zusammen Spaß haben oder einfach nur abhängen kann, in eine seelenlose Warenumsatzmaschine, die sich zahlungskräftigen Menschen anbietet und alle anderen gezielt kontrolliert und ausschließt. Wie nicht anders zu erwarten unterwirft sich die Stadtverwaltung mit Freuden dem Diktat des Einzelhandels. Wie sonst sind so perverse Ideen, wie die von OB Schütz, auf dem Berliner Platz ein Parkhaus zu errichten und es durch drumherum gebaute Wohnungen zu verstecken, zu bewerten? Wand an Wand mit einer Riesengarage, na wunderbar, dass ist doch mal Lebensqualität! Das alles reiht sich ein in eine Entwicklung, die sich überall wieder findet. Neoliberal bis ins Letzte werden soziale Leistungen, seien es Einrichtungen oder Plätze, der Allgemeinheit entrissen, privatisiert und nur bestimmten Zielgruppen wieder zur Verfügung gestellt.

Wir haben keinen Bock mehr auf diese ausgrenzende Politik!!!

Wir wollen, dass diese Stadt wieder für alle da ist! Wir wollen einen Ort an dem mensch sich unbeobachtet treffen und auch ohne Kohle Spaß haben kann. Wir wollen eine Stadt, die bedürfnisorientiert ist und von allen Menschen unabhängig von irgendwelchen konstruierten Gruppen-zugehörigkeiten oder ihrem Einkommen die Stadt mitgestaltet und genutzt werden kann.

Die Stadt gehört uns allen!
Holen wir sie uns zurück !

Rede vom AntiRa-Plenum am J-M-Platz

Alles für Alle ...
... ein schönes Motto.
Aber sind denn auch wirklich alle da?

Das müssen wir uns fragen – ist es doch z.B. Flüchtlingen, die kein dauerhaftes Asylrecht erhalten haben, nicht erlaubt, sich frei zu bewegen. Sie unterliegen der sogenannten Residenzpflicht und dürfen die Kreisgrenzen der für sie zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen. Ausnahmen von dieser Regelung hängen vom Good Will der SachbearbeiterInnen ab. Die politische Aktivität von Flüchtlingen wird somit systematisch behindert. So kann es also durchaus sein, dass heute einige Menschen fehlen, die den 1. Mai gern mit uns feiern würden.
Dabei fällt dieses Fehlen gar nicht einmal auf – die Abwesenheit ist ja unsichtbar.
Und doch sind tausende Menschen auf der Flucht. Viele von ihnen leben in diesem Land, sie *sind* da. Große Teile der bundesdeutschen Bevölkerung möchten dies verhindern und gehen immer wieder aggressiv gegen Flüchtlinge vor. Zudem haben seit Beginn der 1980er Jahre viele staatliche Maßnahmen dazu beigetragen, Flüchtlingen das Leben hier so unangenehm wie möglich zu machen und sie zu vertreiben:
Ausgestattet mit einem – oft befristeten – Aufenthaltsstatus haben Flüchtlinge weniger Rechte als Menschen mit deutschem Pass: sie erhalten weniger Sozialhilfe als Deutsche, sie dürfen nicht wählen, sie werden eingeschränkt bei der Arbeitssuche und bei der Ausbildung. Zudem sind sie Ziel rassistischer Diskriminierungen und Angriffe, ob von Behören oder im Alltag, auf der Straße ...
Flüchtlinge sind hier „unerwünscht" – diese Aussage steht über all diesen Maßnahmen und hinter dem Bemühen, Flüchtlinge unsichtbar zu machen und sie fernab des öffentlichen Lebens unterzubringen.
Flüchtlinge sollen nicht „wohnen" dürfen wie sie möchten, sondern sie werden „untergebracht" – in den letzten Jahren ist zu beobachten, dass die Politik der Unterbringung immer repressivere und brutalere Formen annimmt. Auch in Oldenburg und Niedersachsen ist das zu spüren: die Zentrale Aufnahmestelle (ZASt)in Bramsche wird seit zwei Jahren zu einem sogenannten Ausreisezentrum ausgebaut; in Langenhagen bei Hannover besteht in unmittelbarer Nähe zum Flughafen ein Abschiebelager, und in Blankenburg vor den Toren Oldenburgs und in Braunschweig werden Flüchtlinge in ZASten eingewiesen.
Erklärtes Ziel der Landesregierungen ist es, Flüchtlinge von der Ankunft bis zur Abschiebung in Lagern zu internieren und sie so unter Kontrolle zu halten.
Die repressivste Form dieser Lager sind die sogenannten Ausreisezentren, die inzwischen in vielen Bundesländern eröffnet wurden. Das Land Niedersachsen war Ende der 1990er Jahre Vorreiter bei der Entwicklung dieser Lager, die zum Beispiel hier in der ZASt Blankenburg erstmals in Form eines Modellprojektes ausprobiert wurden.
In diesen Lagern werden Flüchtlinge, denen man kein Asylrecht zuerkennt und die aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können – etwa weil kein Pass da ist oder weil in ihrem Herkunftsland Krieg herrscht – so lange festgehalten und unter Druck gesetzt, bis sie „freiwillig" ausreisen. Freiwillig steht hier in „", denn Internierung, Streichung jeglicher Sozialleistungen, Botschaftsvorführungen, psychische und physische Angriffen gehen diesen Entscheidungen voraus. Die meisten der Flüchtlinge ziehen es verständlicherweise vor, sich diesen Maßnahmen zu entziehen. Sie verlassen die Lager und versuchen, sich ohne Papiere durchzuschlagen.
Auch sie sind heute nicht hier – die Anwesenheit von PolizistInnen erhöht die Gefahr, kontrolliert und eingeknastet oder gar abgeschoben zu werden.
Obwohl die Fluchten aus den sogenannten Ausreisezentren in internen Berichten der Landesinnenministerien sogar als Erfolg gefeiert werden – denn man muss nun keine Leistungen mehr bereitstellen – sollen diese Lager zukünftig noch weiter ausgebaut werden: Ausgangsbeschränkungen und Kontrollen verstärken die Isolation der Flüchtlinge – von Frauen, Männern und Kindern. Im Lager Bramsche besteht seit einigen Wochen eine Schule. Dadurch haben Kinder, die dort mit ihren Eltern eingepfercht sind, nicht einmal mehr über den Schulbesuch Kontakt zur Umwelt.
Ziel der Internierung in den sogenannten Ausreisezentren – die nichts anderes als eine neue Form von Abschiebeknästen sind – ist die Abschiebung „unerwünschter" Flüchtlinge. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass zum Beispiel in Niedersachsen Flüchtlinge kaum eine Chance haben, Asylrecht zu bekommen: So wurden in Niedersachsen im Jahr 2003 gerade einmal 4.500 Flüchtlinge aufgenommen, von denen nur 1,6% ein dauerhaftes Asylrecht erhalten haben.
Alle anderen warten noch immer auf einen Entscheid und leben in permanenter Unsicherheit, ob sie nicht am nächsten Tag im Morgengrauen abgeholt und abgeschoben werden.
Dabei hat auch die Zahl derjenigen Menschen, die überhaupt einen Asylantrag stellen können, in den letzten Jahren drastisch abgenommen. Immer weniger Menschen gelingt es, in die BRD einzureisen – denn die Grenzen sind nahezu undurchlässig geworden.
Heute ist der 1. Mai 2004 – zehn osteuropäische Länder treten der Europäischen Union bei. Somit verschieben sich die Außengrenzen der EU ein ganzes Stück ostwärts. Und damit auch diejenigen Grenzen, die Flüchtlinge überwinden müssen, um Zuflucht oder ein besseres Leben zu finden. Eine Bedingung für die Aufnahme von zum Beispiel Polen oder Ungarn in die EU war aber, dass *sie* nun die Aufgabe übernehmen, die Außengrenzen gegen Flüchtlinge abzuschotten. Und so sind in den vergangenen fünf Jahren an den Grenzen zu Kroatien, Serbien, Rumänien, Russland, Weißrussland und der Ukraine eine Reihe von Lagern errichtet worden. Dort werden Flüchtlinge z.B. aus Tschetschenien, aber auch aus Afghanistan oder dem Irak, festgehalten und sollen sobald wie möglich abgeschoben werden.
Erweitert wird also nicht nur die EU, sondern auch und vor allem der Einflussbereich einer menschenverachtenden Politik, die vor allem die Entrechtung, Kriminalisierung und Illegalisierung von Menschen betreibt, die nicht als europäisch gelten.
Flüchtlinge sind in nahezu allen europäischen Ländern von grundlegenden Menschenrechten ausgeschlossen: Sie dürfen ihren Wohnort nicht frei wählen, erhalten keine ausreichende soziale Versorgung und sind ausgeschlossen von politischen Entscheidungsprozessen.

Wir wollen aber
ALLES FÜR ALLE – EGAL WO!

BLEIBERECHT FÜR ALLE,
BIS JEDE GRENZE FÄLLT!

Bündnis-Rede aufm Rathausmarkt

Hallo Leute,

Seit Jahren demonstrieren wir am 1. Mai für Freiheit, Selbstbestimmung und Revolution.
Und trotzdem scheinen sich die Voraussetzungen für diese eher zu verschlechtern.
Ganz konkret bekommen wir alle die aktuellen sozialen Einschnitte zu spüren.
Hartz 4, Agenda 2010 und Gesundheitsreform, aber auch Otto Schilys Sicherheitspakete, lassen uns Stück für Stück ahnen, was noch auf uns zukommt.
Der Druck wird in vielen Lebensbereichen größer. Die Möglichkeit, sich ein Leben außerhalb eines kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses zu organisieren, geht gegen Null. Das Leben wird immer teurer und zwingt immer mehr von uns in schlechte und prekäre Jobs oder in die Ich-AG-Falle.
Existenz- und Zukunftsängste führen hier entgegen optimistischer Annahmen nicht zur gemeinsamen Suche nach Alternativen und zu Widerstand, sondern zu noch mehr Vereinzelung und Isolation.
Die Sorge um den eigenen Arsch lässt diesen oft so groß erscheinen, daß für andere Ärsche kein Platz mehr ist im Bewußtsein.
Die Situation von MigrantInnen, für die sich das rassistische Ausgrenzungsregime Europa immer neue Schweinereien einfallen lässt, interessiert immer weniger Menschen in der BRD. Auch für andere Menschen, die dem heterosexistischen Ordnungs-, Sauberkeits- und Wohlstandsmodell Deutschland nicht entsprechen, hat sich die Lage nicht verbessert, Solidarisierung bleibt aber zunehmend aus.
Das zeigt sich auch im aktuellen Aufbäumen der bis zur Lächerlichkeit angepassten DGB-Gewerkschaften, deren Kritik sich fast ausschließlich gegen die Verschärfungen im relativ privilegierten, meist männlich besetzten, bundesdeutschen Normalausbeutungsverhältnis richtet; und die so bissig ist wie ein halbtoter Dackel.

In Argentinien wurde uns schon in den letzten Jahren vorgemacht, wie mensch auch anders können kann.
Mit direkter Solidarität, Selbstorganisation und handfestem Widerstand wurde auf die sozialen Einschnitte reagiert und die eine oder andere Regierung dem Amt enthoben.
Menschen haben sich in Betriebs- und Stadtteilversammlungen und in Arbeitslosengruppen zusammengetan, sich um ihre Belange selbst gekümmert, statt Fußvolk für irgendwelche Parteien zu spielen.
Leider sind Nachrichten über Aufbruch und Alternativen aus verschiedenen Ecken des Globus allzu oft im weltweiten Kriegsgebell untergegangen.
Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks werden die Konflikte zwischen den großen kapitalistischen Staaten immer schärfer geführt, Krieg ist wieder anerkanntes Mittel der Außenpolitik, wenn sich jemand ne schöne Begründung ausgedacht hat, warum gerade dieser Krieg letztlich dem Weltfrieden dient.
Seit rechtsextreme islamistische Gruppen sich mit dem Anschlag vom 11. September in das blutige Kräftemessen eingemischt haben, hat sich die Situation weiter verschärft.
Und leider ist es so, daß sich mangels utopischer Gegenentwürfe die Dummheit wie von selbst verbreitet und einfache Antworten auf schwere Fragen gesucht werden. Vor allem in der Friedensbewegung sahen viele das Problem nicht im weltweiten Kapitalismus, sondern allein in der Politik der USA und plötzlich wurde deutscher und europäischer Nationalismus wieder schick und die faschistische Vergangenheit wird genauso verdrängt wie die Kriege in Jugoslawien und Afghanistan und die Pläne für eine großeuropäische Armee.

Vielleicht ist es natürlich auch so, daß europäischer Kapitalismus Wohlstand für alle bringt und europäische Bomben nur Blumen verstreuen.
Von dem aktuellen Spiel von Terror und Gegenterror profitieren auf allen Seiten nur die Kräfte, für die Freiheit und Selbstbestimmung eine Bedrohung sind, die sie aktiv bekämpfen. So ist es für Linke in Irak und Palästina immer schwerer, sich unbehelligt politisch zu äußern.
Und genauso wird in den bürgerlichen Staaten des sogenannten demokratischen Westens unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung ein Instrumentarium geschaffen, das in der Lage sein soll, jede Rebllion, jede Subversion und jedes Infragestellen des staatlichen Gewaltmonopols militärisch zu ersticken.
Diese Entwicklung ist eine ernsthafte Gefahr für das Fortbestehen von linken Strukturen und Freiräumen. Dem sozialen und politischen Klima fallen immer mehr selbstorganisierte Projekte zum Opfer, seien es soziale Projekte, oder autonome Zentren und Wagenplätze.
Wenn wir nicht aufpassen, geht uns Stück für Stück die Basis für eine radikale gesellschaftliche Opposition flöten und die aufkeimende Widerständigkeit verschwindet im Sumpf staatsgläubiger Kaderorganisationen, heißen sie nun DGB oder wie auch immer...
Deshalb, Leute, „Arsch hoch!", heißt die Devise! Keine Utopie ist auch keine Lösung!
Eine freiere Gesellschaft fällt nicht vom Baum, sondern ist das Ergebnis von Erfahrungen und Kämpfen von Menschen, die sich im Hier und Jetzt an einem anderen Leben versuchen, Geschlechterrollen in Frage stellen und aufbrechen, dem Lohnarbeitsterror ein Recht auf Faulheit entgegensetzen, kollektives Leben und Arbeiten ausprobieren. Leute wie Ihr also - oder nich? oder wat? In diesem Sinne:

Alles für alle -
ist nie umsonst!

... unterm pflaster liegt der strand!

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Die Geschichte eines politischen Gefangenen der USA

Es steht außer Frage, dass mit dem Ende der institutionalisierten Sklaverei in den USA den afro-amerikanischen Massen keine gleichen Rechte eingeräumt wurden. Der Rassismus weiter Teile der weißen us-amerikanischen Bevölkerung, das rassistische Justizsystem mit seiner »Getrennt aber Gleich«-Doktrin, die den Schwarzen elementare Rechte verweigerte, und die Klassenspaltung entlang rassistischer Kriterien hatten weiter Bestand. Der Ku-Klux-Klan konnte ungestört und gedeckt von Polizei und Justiz Afro-AmerikanerInnen schikanieren, lynchen und ermorden.

In diesem rassistischen Klima wurde 1966 die Black Panther Partei zur Selbstverteidigung, wie sie ursprünglich hieß, gegründet. Sie war nach langer Zeit wie-der eine Organisation in der Geschichte des schwarzen Widerstandes gegen Unterdrückung und Sklaverei, die bewaffnet war und ein revolutionäres Programm propagierte. Und sie repräsentiert den letzten großen Aufstand der Afro-AmerikanerInnen für Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit. In ihrer Geschichte etablierte sie zahlreiche »Überlebensprogramme«, wie zum Beispiel kostenlose Frühstücks- und Klinikprogramme, kostenlose Lebensmittelverteilung, Schul- und Bildungsprogramme, Gefangenenunterstützung und Rechtshilfeprogramme. Die Überlebensprogramme und das Eintreten für ein revolutionäres Programm fanden ihren Ausdruck in der Parole: »Überleben bis zur Revolution«.

Die Tatsache, das die Black Panther Party (BPP) für die Revolution als Möglichkeit der Befreiung von Unterdrückung und Rassismus stand und dass sie sich mit der Guerilla in Vietnam im Kampf gegen den gemeinsamen Gegner solidarisierte, veranlasste den damaligen FBI-Chef J. Edgar Hoover 1968 zu der Aussage, das die BPP die größte Gefahr für die innere Sicherheit der Vereinigten Staaten darstelle.

Die BPP sollte zerschlagen werden. Der Angriff des FBI begann mit Attacken auf die Sozialeinrichtungen der Partei und gipfelte in COINTELPRO. In diesem FBI-Programm wurden die Außenbüros der Bundespolizei und die örtliche Polizei angewiesen die PP durch Informanten, Provokateure und verdeckte Aktivitäten, einschließlich gefährlicher Körperverletzung und Mord, zu zerschlagen.

1969 wurden z.B. zwei Parteiführer der südkalifornischen Abteilung, John Huggins und Alprentice »Bunchy« Carter, von bezahlten Mördern des FBI umgebracht. Bis Ende des Jahres griff die Polizei und das FBI fast alle Büros und Einrichtungen der Partei an. Höhepunkt war im Dezember der fünfstündige Angriff der Staatspolizei in Chicago, der mit der Ermordung des lokalen Parteiführers Fred Hempton und des Mitglieds Mark Clark endete. Zahlreiche Morde und Verhaftungen folgten. So auch die Verhaftung des Parteivorsitzenden Bobby Seale, dem unter anderem eine Verschwörung vorgeworfen wurde mit dem Ziel den damaligen US-Präsidenten Nixon zu ermorden.

Daneben gab es alle möglichen Angriffe auf die Sozialprogramme und die Büros der Partei, um ihre Sympathie in den black communities zu untergraben und die BPP zu zerstören. Die Partei überlebte die FBI-Strategie zunächst, bis im Juli 1977 eine Kombination aus fortgesetzten FBI-Angriffen und internen Konflikten einen Zersetzungsprozess einleitete, der Ende der 70er zur Auflösung der Partei führte.

Was hat das mit Mumia Abu Jamal zu tun?

Mumia war in den 70er Jahren, zur Amtszeit des rassistischen Oberbürgermeisters Frank Rizzo, Radiojournalist in Philadelphia. Schon mit 14 Jahren wurde er Mitglied der BPP. Wegen seiner Aktivitäten bei den Black Panthern als Pressesprecher und Zeitungsredakteur wurde er seit seinem 16. Lebensjahr vom FBI observiert. Später wurde er bekannt als »voice of the voicless« (Stimme der Stimmlosen), weil er sich als Radiojournalist und in Kolumnen verstärkt gegen Rassismus und die brutalen Praktiken der Polizei von Philadelphia aussprach. Er erhielt die Major-Amstrong Auszeichnung für Rundfunkjournalistik und war Vorsitzender des Verbandes der schwarzen Journalisten in Philadelphia.

Wegen seiner Unterstützung für die »move«-Organisation wurde er von seinem Arbeitgeber gefeuert. Seit dem schlug er sich als Taxi-Fahrer durch. Als er im Dezember 1981 seinem Bruder zur Hilfe kam, als dieser von dem Polizisten Daniel Faulkner auf der Strasse zusammengeschlagen wurde, erlitt Mumia schwere Schussverletzungen. Auch Faulkner wurde schwer angeschossen und starb wenig später. Zeugen sahen, wie unerkannt gebliebene Männer vom Ort des Geschehens wegrannten. Die zur Verstärkung eintreffenden Polizisten schlugen Mumia zusammen, bevor sie ihn ins Krankenhaus brachten. Mumia wurde des Mordes an dem weißen Poli-zisten Faulkner angeklagt und sechs Monate später unter Richter Sabo von Geschworenen zum Tode verurteilt. Sabo hatte zuvor im Beisein der Gerichtsstenographin Terri Mauer-Carter gesagt: »Ich werde dabei helfen, den Nigger zu grillen«.

Der Prozess ist ein Paradebeispiel für den Rassismus des Justizapparates: Die Geschworenen, die ihn zum Tode verurteilten waren bis auf zwei alle weiß. 13 weitere afroamerikanische Jurymitglieder wurden für »unglaubwürdig« erklärt. Ballistische Untersuchungen, wie sie in solchen Fällen üblich sind, fanden nicht statt. Es wurde also nie geklärt, ob die Patronen in Mumia's legaler Waffe mit dem Kaliber der Geschosse übereinstimmten, die den Polizisten Faulkner töteten. Zeugenaussagen gegen Mumia wurden erpresst, während Zeugen wie sein Bruder und andere, die Mumia hätten entlasten können, von der Polizei unter Druck gesetzt und aus der Stadt gejagt wurden. Eine Prostituierte sagte 1995 aus, dass die Polizei ihr Vergünstigungen für ihren eigenen Prozess — in dem sie der Prostitution angeklagt wurde — vorgeschlagen hatte, wenn sie gegen Mumia in den Zeugenstand tritt.

Mumia *war* für die meiste Zeit des nur zwei Wochen dauernden Prozesses von den Verhandlungen ausgeschlossen, das Gericht ver-

weigerte ihm die Selbstverteidigung, stattdessen bekam er einen unerfahrenen Pflichtverteidiger zugewiesen.
Das der Prozess so ablief war kein Zufall. Die Justiz, die Polizei und das FBI wollten Mumia, wie sie schon andere Aktivistinnen vorher haben wollten. Sie hatten hunderte von Akten über ihn angelegt, wegen seiner scharfen Opposition gegen Rassismus, Polizeibrutalität und seiner revolutionären Politik. Und wie zahlreiche Aktivistinnen vor ihm, sollte auch Mumia im Knast verschwinden. Seit dem sitzt er in Isolationshaft.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Mumia sitzt seit dem in einer 2 mal 3 Meter Isolationszelle. Ihm werden 2 Stunden Ausgang pro Tag gewehrt. Trotz Panzerglasscheiben muss er bei jedem Besuch, den er empfängt, erniedrigende Leibesvisitationen über sich ergehen lassen.
1989 lehnte der Oberste Gerichtshof in Washington ohne Prüfung der Beweise ein von Mumias Verteidigungsteam angestrengtes Berufungsverfahren ab. Nach der Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls zum 7. August 1995 durch den Gouverneur Ridge gelang Mumias damaligen Anwalt Weinglass bei der Anhörung ein erfolgreicher Einspruch. Neue Zeugen und Beweise zu Mumias Entlastung wurden gefunden. Sieben Tage vor Vollstreckung des Hinrichtungsbefehls wurde das Urteil auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. 1999 gelingt es ein zweites Mal, die Hinrichtung auszusetzen. Nicht zuletzt der weltweite Protest gegen die Hinrichtung und die internationale Solidarität mit Mumia Abu-Jamal hatten ihren Anteil daran.
2001 präsentierte Mumias neues Verteidigungsteam neue Dokumente und Mumia äußerte sich erstmals selbst zu den Geschehnissen im Dezember 1981. Aber vor allem bekennt sich der Auftragskiller Arnold R. Beverly in einer eidesstattlichen Erklärung dazu, den Polizisten Faulkner im Auftrag der Unterwelt von Philadelphia erschossen zu haben. Er wurde zusammen mit einer zweiten Person angeheuert, um Faulkner zu beseitigen, weil dieser die »Zahlung von Bestechungsgeldern für die Duldung und die Nichtverfolgung illegaler Prostitution, Glücksspiel, Drogenhandel, in den Innenstadtbezirken«, in denen er Dienst tat, gestört habe. Auf Mumia Abu-Jamal sei von einem anderen Polizisten geschossen worden, nachdem er (Beverly) Faulkner bereits » aus nächster Nähe ins Gesicht geschossen hatte«.Auch die Aussagen von Murrlias Bruder William Cook zum Tathergang bestätigen die Aussage von Beverly. Mumia sei nach seiner Ankunft am Tatort von einem anderen Polizisten angeschossen worden, nachdem Faulkner schon tot am Boden lag.
Diese Aussagen werden durch D. Hersing gestützt, der von 1981 bis 1982 als Informant für das FBI in Philadelphia gearbeitet hatte. Er beschreibt präzise jene Korruption, die Beverly mit dem Auftragsmord schützen sollte. Hersings Aussage macht noch einmal klar, dass das FBI in seinen Archiven sicher einige Fakten hat, die den tatsächlichen Tathergang und seine Umstände klären könnten. Aus FBI-Akten geht u.a. hervor, dass es schon in den 70er Jahren den Versuch gab, Mumia einen Mord anzuhängen. Eben jene FBI-Strategie, mit der die Black Panther zerschlagen und ihre politischen Köpfe zum schweigen gebracht werden sollten.
Mit den genannten Aussagen und Beweisen ist das neue Verteidigungsteam im Mai 2001 an den Bundesrichter Yohn herangetreten, der seit Oktober 1999 über Mumias Antrag auf ein neues Verfahren zu entscheiden hat. Sie baten um eine Anhörung im Gericht von Pennsylvania genau wegen diesen neuen bzw. zurückgehaltenen Aussagen und Beweisen. Yohn sprach sich jedoch dagegen aus, bezeichnete die Aussagen als »verjährt« und lehnte eine Vernehmung des geständigen Mörders Arnold Beverly ab. Weil sich Yohn darauf berief, dass Fragen der Beweisaufnahme nicht die Sache von Bundesgerichten sei, wandte sich das Verteidigungsteam an das Stadtgericht von Philadelphia. Die Verteidigung argu-mentierte, das Mumia durch die falsche Entscheidung seiner damaligen Anwälte nicht ausreichend verteidigt werden konnte und das Stadtgericht nun verpflichtet sei, diese Aussagen in die Verfahrensakten mit aufzunehmen. Somit könnten die neuen Beweise auch zur Grundlage der Entscheidung von Bundesrichter Yohn über die Wiederaufnahme des Verfahrens werden. Im Dezember 2001 ließ Yohn dann nur einen Grund, die rassistische Voreingenommenheit bei der Geschworenenauswahl, zur Berufung gelten.
Seit dem Frühjahr 2003 wird Mumia nun von Rechtsanwalt Robert R. Rayn vertreten. Die neuen Beweisanträge, die zum einen die rassistische Verfahrensweise und zum anderen die Vernehmung von Arnold Beverly beinhaltete, und damit auch Mumias Begehren nach einem neuen Verfahren, lehnte das Oberste Gericht von Pennsylvania ab. Auch der Antrag von Mumias Verteidiger, Mumia für einen Tag eine richterliche Anhörung einzuräumen, wurde abgelehnt. Richter Castille, der an diesen Entscheidung beteiligt war, war vor seiner Wahl zum Richter als Bezirksstaatsanwalt tätig und verantwortlich für einen Videofilm, mit dem junge Staatsanwälte darin geschult wurden, wie man Einfluss auf die Geschworenenauswahl nimmt. In diesem Video wurden auch Methoden empfohlen, rassistische Vorurteile zu nutzen, um schwarze Kandidaten für die Jury abzulehnen. Castille war jahrelang für Mumias Hinrichtung eingetreten und pflegte während seiner Amtszeit als Staatsanwalt ein enges kollegiales Verhältnis zu Richter Sabo, der Mumia 1982 zum Tode verurteilt hatte. Das Berufungsverfahren vor dem Bundesgericht wird noch einige Zeit dauern, wenn gleich die Entscheidung des Obersten Gerichtshof von Pennsylvania das Verfahren beschleunigt hat. »Diese Entscheidung hat die Wahrscheinlichkeit, dass Mumia hingerichtet wird, erhöht. Man kann sagen, damit ist der Schnellzug wieder auf die Gleise gesetzt, die nach dem Willen des Staates in der Todeskammer enden soll.« (Robert R. Ryan; Mumias Rechtsanwalt; RHZ 4/2003)
Man kann das Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal als »unfair« bezeichnen. Letztlich ist es aber ein langer Ausläufer der FBI-Strategie zur Zerschlagung der Black Panther Party und damit keine Frage von Fairness. Mumia steht für tausende politischer Gefangener in den USA und Zehntausende weltweit. Er ist Gefangener der USA. Aber trotz all der widrigen Umstände, mit denen Mumia zum schweigen gebracht werden soll, hat er es bis heute geschafft, in zahllosen Zeitungsartikeln und in seinen Büchern zum aktuellen Geschehen Stellung zunehmen. In jüngster Zeit hat er sich in seinen wöchentlichen Kolumnen in der deutschen Tageszeitung »Junge Welt« immer wieder vehement gegen die US-Militärpolitik und die Besetzung des Irak ausgesprochen, so wie den imperialistischen Charakter europäischer Militärpolitik betont.
Im Dezember 2003 wurde Mumia zum Ehrenbürger von Paris ernannt. Auch bei der Welt- und Messestadt Hannover wurde vor einigen Jahren ein Antrag Auf Ehrenbürgerschaft eingereicht und abgelehnt.
Dass in den vergangenen Jahren zwei unterzeichnete Hinrichtungsbefehle verhindert werden konnten, zeigt auch die Stärke der weltweiten Solidaritätsbewegung gegen die Todesstrafe und für Mumias Freiheit.

Rote Hilfe OG Hannover
März 2004

www.mumia.de
www.freedom-now.de
www.junge-welt.de

Einladung zur Rebellion

Am 1.1.1994 begann der Aufstand der Zapatistischen Armee der nationalen Befreiung (EZLN) in Chiapas, Mexiko, Planet Erde, als gleichzeitig das Land dem sogenannten Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) beigetreten wurde. Der Aufstand der Zapatistas richtet sich vor allem gegen die Ausbeutung, den Rassismus und die Marginalisierung der indigenen und ländlichen Bevölkerung. Nach einer 14-tägigen militärischen Auseinandersetzung mit der Bundesarmee folgte eine lange Phase der Verhandlungen, die ohne befriedigendes Ergebnis blieb. Die Zapatistas verstärkten ihre Selbstorganisierung. Sie besetzten Großgrundbesitz, bauten eigene Schulen und ein Krankenhaus, politische und kulturelle Zentren und entwickelten eigene, basisdemokratische Verwaltungsstrukturen. Heute verwirklichen autonome Gemeinden, Landkreise und die „Räte der guten Regierung" eine weitgehende Autonomie. Die Antwort der mexikanische Regierung ist ihr schmutziger „Krieg niederer Intensität", der in Massakern an der Zivilbevölkerung gipfelt.

1996 lud die EZLN alle Widerständigen dieser Welt zum Ersten Intergalaktischen Treffen in den lakandonischen Urwald ein, um sich gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit zu vernetzen. Zur Vorbereitung dieses Treffens fand im Juni 1996 ein europäisches Treffen in Berlin statt. Aus der Vor- und Nachbereitung dieser beiden Treffen entstand in uns der Wunsch nach einer dauerhaften Zusammenarbeit. Langsam und beständig wuchs ein Netzwerk von politischen Gruppen und einzelnen Menschen, das sich ständig neu erfindet, lernt und lacht, Solidarität organisiert und Widerstand leistet.

2004, im elften Jahr des zapatistischen Aufstandes, treten wir mit einem neuen Selbstbewusstsein an die Öffentlichkeit, weil wir glauben, dass unsere politischen Ideen einen möglichen Weg in die Zukunft aufzeigen können. Diese Ideen wollen wir zur Diskussion stellen und gemeinsam, mit möglichst vielen Menschen, weiterentwickeln. Unser „fliegendes" Selbstverständnis markiert nur einen Punkt auf unserem Weg. Wir beschreiben heute unsere Gedanken, damit ihr sie lesen und wir voneinander lernen können.

Das Ya basta-Netz

„Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung aufstellen. Die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist."
(Aus der ersten Erklärung von La Realidad des CCRI der EZLN, 1996)

Das Ya basta-Netz ist ein Netz von Menschen, von denen viele durch den Aufstand der Zapatistas zur Rebellion ermutigt wurden oder sich darin bestärkt sehen und die in Solidarität mit den aufständischen Menschen in Chiapas leben. Es ist ein lernendes Netz, in dem die verschiedenen emanzipatorischen Kämpfe und Widerstandsformen nebeneinander bestehen können und aufeinander (kritisch) Bezug nehmen, ohne sich auszuschließen. Wir bilden ein Netz, in dem die Menschen sich gegenseitig in ihren lokalen Kämpfen unterstützen. Ein Netz, das viele Menschen ermutigen will sich zu engagieren. Wir führen nicht nur notwendige Verteidigungskämpfe, sondern nehmen uns auch die Zeit, klare Konzepte für Wege in eine andere Welt zu entwickeln. Ein Netz, das junge und ältere Menschen „einfängt" und auch auffängt, weil es uns das Gefühl gibt nicht alleine zu kämpfen. Ein Netz in dem Erfahrungen weitergegeben, und Mut gemacht wird. Dabei suchen wir nach Informations- und Aktionsformen, die auch über die linke Szene hinaus nachvollzogen werden können. Wir treffen Absprachen, knüpfen Kontakte und teilen uns die Arbeit bei der Organisierung direkter Solidarität. Wir haben keine Lust auf eine avantgardistische elitäre Linke, die vom Schreibtisch aus „klug" die Tagesereignisse kommentiert und abqualifiziert, aber im Alltag nicht bereit ist, am eigenen Umgang mit den Mitmenschen zu arbeiten, Widerstand gegen die herrschenden Zustände zu leisten oder den eigenen Konsum zu reflektieren.

Und außerdem:"Hay que reirse mucho para cambiar el mundo" (in etwa: es muß viel gelacht werden, um die Welt zu verändern).

Ya basta - es reicht!

Es heißt Ya basta-Netz, weil das „Ya basta" unseren gemeinsamen Ausgangspunkt markiert. Den Schrei, mit dem wir den Herrschenden dieser Welt verkünden: „nein, nein, wir woll´n nicht eure Welt, wir woll´n nicht eure Macht und wir woll´n nicht euer Geld. Wir wollen nichts von eurem ganzen Schwindel hör´n, wir wollen euren Schwindel zerstör´n" (Quetschenpaua).

Politik

„Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern. Es reicht, sie neu zu schaffen. Durch uns. Heute."
(Subcomandante Marcos)

Die Gesellschaft zu verändern, bedeutet unsere eigene Alltagspraxis zu verändern. Wir richten unseren Widerstand gegen alle, die die Welt, ob sie nun die ganze oder ihre eigene kleine Welt, das Land, die Firma, die Familie, die Gruppe meinen, lieber zu ihrer ausschließlich eigenen Zufriedenheit ordnen und damit die Erfüllung von Träumen und Hoffnungen der anderen verhindern. Unsere Politik ist eine langfristige Prozedur, sie ist oft widersprüchlich und schreitet langsam voran. Doch eben darin liegt die Chance für ihr Gelingen. Wir begreifen Politik als einen Prozess, in dem alle Menschen ihre eigenen Angelegenheiten gemeinsam und eigenverantwortlich in die Hand nehmen unter Respektierung ihrer Unterschiedlichkeiten. Die dauerhafte Repräsentation der eigenen Interessen durch andere Menschen oder Institutionen lehnen wir ab, da sie nachweisbar nicht zum Wohle aller Menschen beiträgt. Wir kämpfen für eine Welt, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können. Wir sind davon überzeugt, dass emanzipatorische Veränderungen nur durch eine Bewegung von unten machbar sind, und dass staatliche Politik letztendlich nichts an den Herrschaftsverhältnissen ändert

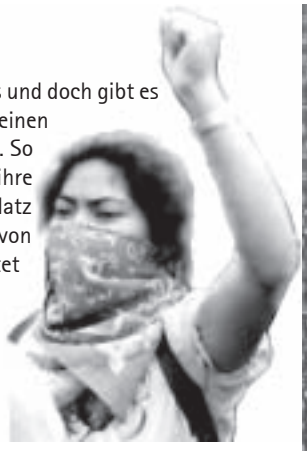
Preguntando caminamos - fragend gehen wir voran !

Wir stellen viele Dinge fest, die uns ungerecht vorkommen und uns wütend machen. Die Dinge, die uns losgehen lassen, sind die, die unser Herz berühren, nicht nur den Kopf. Was uns wütend macht, versuchen wir zu beschreiben. Dabei bleibt so vieles offen, weil wir die ganze Komplexität dieser Welt nicht in Worte fassen können. Dennoch wollen wir nicht warten, bis wir alles verstanden haben. Wir gehen los. Mit unseren vielen Fragen. Während wir gehen, werden wir die ein oder andere Antwort finden und noch mehr Fragen. Die Antworten finden wir nur, weil wir gehen. Fragend gehen, das bedeutet: unsere Fragen zu formulieren, ohne Angst, dass andere sie für dumm halten. Es bedeutet Fehler machen zu dürfen. Es bedeutet, die Fragen der anderen ernst zu nehmen, wie die eigenen, so absurd sie auch erscheinen. Es bedeutet aber auch, unsere Antworten selbstbewusst vorzutragen, weil sie einen Punkt unseres Weges markieren, sie aber auch als das zu begreifen, als Beitrag zu einer gemeinsamen Suche nach Antworten.

Todo para todos - nada para nosotros

Für alle alles, für uns nichts. Das sagen die Zapatistas. Das meint, dass wir nur ein kleiner Teil von allen sind und für uns keine besondere Stellung in Anspruch nehmen. Dass wir die Macht nicht wollen, um unsere Träume zu leben, weil unser Traum von Freiheit erzählt. Wir kämpfen nicht um die Macht, nicht als Netz, nicht als Gruppe, nicht als Menschen. Wir wollen gleichberechtigt mit allen anderen leben und uns unsere Träume erfüllen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit zu einem würdevollen Leben haben und Zugang zu allen lebensnotwendigen Gütern, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrem Alter oder ihrem Geldbeutel.

Für eine Welt der vielen Welten



Wir haben eine Vorstellung von der Welt in der wir leben möchten. So eine Vorstellung existiert in jeder von uns und doch gibt es darin viele Unterschiede. Was dem einen wichtig erscheint, ist für die andere nur eine Randnotiz. Schon in einer kleinen Gruppe finden wir die verschiedensten Träume und wenn wir darüber hinaus sehen, wird ihre Anzahl unendlich groß. So unterschiedlich wie die Lebensbedingungen unter denen die Menschen auf unserer Welt leben müssen, sind auch ihre Hoffnungen. Die Welt von der wir träumen, ist eine Welt in der alle diese unterschiedlichen Vorstellungen einen Platz finden. Eine Welt der vielen Welten. Diese Welt besteht aus einer Vielzahl kleiner oder größerer Gemeinschaften von Menschen, die einen gemeinsamen Weg und eine gemeinsame Perspektive entwickeln. Wie diese Gemeinschaft gestaltet wird, entscheiden ausschließlich die Menschen, die sich daran beteiligen. Eine grundlegende Bedingung, die dabei zu erfüllen wäre, ist, dass keine dieser Gemeinschaften auf Kosten einer anderen lebt und dass alle Menschen frei wählen können, in welcher Gemeinschaft sie leben möchten. Alle Gemeinschaften, entscheiden ohne Zwang ob und wie sie sich vernetzen möchten, um übergreifende Dinge zu regeln.

Diese Welt kann nicht erobert werden, wir müssen sie neu erschaffen. Und damit können wir schon heute beginnen. Wir organisieren unser Leben so, dass es einen Beitrag auf dem Weg zu dieser Welt leistet und setzen ihre Prinzipien, Autonomie, Würde und Solidarität schon heute in die Tat um. Und wir laden alle Menschen ein, sich mit uns auf den Weg zu machen.

Hoffnung

Die zapatistische Rebellion ist eine Hoffnungsträgerin für unzählige Menschen auf der ganzen Welt. Denn die Zapatistas zeigen tagtäglich, dass Widerstand gegen die als Naturgesetz proklamierte „neoliberale Welt(unter)ordnung" möglich ist. Dass eine Politik jenseits von Parteien und Lobbyverbänden machbar ist; eine Politik, die nicht anhand eines ideologisch festgeschriebenen Programms die Machteroberung zum Ziel hat. Diese Hoffnung ist Rebellion und Prinzip. Wir sind entschlossen, sie uns niemals und von keinem nehmen zu lassen. Das besondere an den Zapatistas ist, dass sie nicht nur von einer anderen Welt träumen, sondern sie tatsächlich erschaffen. Dabei ist uns klar, dass die Zapatistas - wie wir auch - nicht immer ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden. Mit ihrem Widerstand demonstrieren sie den Herrschenden auf der ganzen Welt, dass der Siegeszug der kapitalistischen Globalisierung aufgehalten werden kann und machen uns unglaublich viel Mut, dem Schweinesystem auch unser „ya basta" entgegenzuschleudern.

Solidarität

Solidarität bedeutet für uns, einen gemeinsamen Weg zu gehen, voneinander zu lernen, uns zu unterstützen und an verschiedenen Orten gleichzeitig für eine menschliche Welt zu kämpfen, die Zapatistas in Chiapas und wir hier „im Herzen der Bestie", und uns zusammen als Teil einer globalen Bewegung, als jeweils „kleine Stücke im großen Weltpuzzle der Revolution" zu begreifen.

Und weil die Zapatistas so wichtig für uns sind, ist ein Bereich unserer Tätigkeit die direkte Unterstützung der Widerständigen in Chiapas. Das heißt, wir sammeln Geld für verschiedene Projekte und versuchen immer wieder durch Aktionen, Veranstaltungen und Publikationen hier eine kritische Öffentlichkeit für ihren legitimen Kampf herzustellen. Außerdem sind welche von uns von Zeit zu Zeit in Mexiko, um dort Projekte zu unterstützen, politische Prozesse und die Situation der Menschenrechte zu beobachten und zu dokumentieren sowie um weitere Kontakte zu knüpfen. Wichtig ist uns vor allem die Unterstützung der Selbstorganisation in den autonomen Regionen in Chiapas, die sich beispielsweise durch den Vertrieb von Kaffee einer zapatistischen Kooperative materialisiert.

Globalisierung der Widerstände

„Der Zapatismus ist keine neue Ideologie oder Wiederauflage alter Ideologien (...) Es gibt keine Rezepte, keine Linien, keine Strategien, Taktiken, Gesetze, Regeln oder universale Parolen. Es gibt nur eine Sehnsucht: eine bessere Welt zu schaffen, das heißt eine neue. Zusammengefaßt: Der Zapatismus gehört niemandem, deshalb gehört er allen."
(Subcomandante Marcos, 1997)

Wir dürfen beim Blick auf Chiapas nicht vergessen, dass auch wir eine eigene linke Geschichte und Gegenwart haben, auf die wir aufbauen können, ohne sie kaputt zu reden. Eine Geschichte, die erwähnenswert und wichtig ist! Erfahrungen sozialer Kämpfe von denen wir lernen können und möchten. Auch in unseren Ländern gibt es eine lange Tradition des radikalen Widerstandes und viele Beispiele für erfolgreiche und solidarische Selbstorganisation. Viele Menschen organisieren ihr Leben kollektiv und rebellisch in Kommunen, besetzten Häusern, Kollektivbetrieben, autonomen Zentren und politischen Gruppen. Viele Kämpfe existieren isoliert von einander und werden deshalb von uns und der Öffentlichkeit nicht in einem Zusammenhang wahrgenommen. Sogar hier gibt es real existierende Alternativen zum Kapitalismus.

In Chiapas haben es die Menschen geschafft, mit ihrer verstärkten Vernetzung, besseren Organisierung und einer gemeinsamen politischen Grundlage aus vielen Einzelprojekten eine andere Wirklichkeit zu schaffen. Das können wir auch! Wir wollen unsere Ideen und Erfahrungen mit denen der Zapatistas verknüpfen, mit dem Ziel auch hier eine deutliche wahrnehmbare Alternative zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen aufzubauen und diese Verhältnisse durch eine Welt der vielen Welten zu ersetzen.

zapatistisch zelten: zeit zum kennenlernen, diskutieren - pläne schmieden

YA basta @ a-camp

vom 31.Juli - 7.August 2004 auf dem Kesselberg bei Berlin
mehr Infos: www.free.de/a-camp

Rebellion

ist wie dieser Schmetterling,
der auf das Meer ohne Insel oder Felsen zuhält.
Sie weiß, dass sie keinen Platz zum Landen hat,aber dennoch zögert sie nicht zu fliegen.
Und nein, weder der Schmetterling, noch die Rebellion sind dumm oder selbstmörderisch, es ist nur so, dass sie wissen, dass sie doch etwas haben, wo sie landen können, weil es in dieser Richtung eine kleine Insel gibt, die kein Satellit entdeckt hat.
Und diese Insel ist eine Schwesterrebellion, die sicher hinausfahren wird, sobald der Schmetterling, das heißt die fliegende Rebellion, anfängt, schwächer zu werden. Dann wird die fliegende Rebellion, das heißt, der Seeschmetterling, Teil dieser auftauchenden kleinen Insel und wird somit zu einem Hilfspunkt für andere Schmetterlinge, die bereits ihren entschlossenen Flug über das Meer begonnen haben.

Prostitution, Migration und Illegalität

Ein anlässlich des Grenzcamps 2002 gehaltener Redebeitrag einer Frau, die in einer nordamerikanischen Prostituiertenvereinigung aktiv ist.

Ich bin Sexarbeiterin, ich bin Feministin und ich bin Teil des Befreiungskampfes der Sexarbeiterinnen. 1996 trat ich dem Zusammenschluss von Sexarbeiterinnen in Montreal bei, der hauptsächlich aus Prostituierten, die auf der Straße arbeiten, besteht. In der Vereinigung sind auch einige Migrantinnen, aber es gibt in Kanada und Nordamerika sehr viel weniger Migrantinnen, die als Prostituierte arbeiten, als in Westeuropa, die Situation ist also ein bisschen anders. Ich arbeite auch mit verschiedenen internationalen Zusammenschlüssen. Zum Beispiel war ich vor kurzem in Barcelona, wo sich Prostituiertenvereinigungen aus der ganzen Welt trafen, aus Chile, Indien, Brasilien, Thailand.

Als erstes möchte ich eins klarstellen: Natürlich gibt es viele feministische Grundsätze aber es ist wichtig, daran zu erinnern, dass viele Prostituierte sich diese Arbeit aussuchen, viele haben keine Wahl und einige werden gezwungen. Ein großer Prozentsatz der Prostituierten entscheiden sich also frei für diese Arbeit und so haben sie auch das Recht selbst zu bestimmen, ob sie geschützt werden wollen oder ob sie Opfer sind oder nicht. Das ist nicht eure Aufgabe und ich bitte um Verständnis und Respekt dafür.

Ich weiß, dass das ein Reibungspunkt in feministischen Kreisen ist und viele Feministinnen sagen mir, dass ich keine Feministin bin, oder dass ich nicht human bin, aber ich bin hier um über diese Dinge zu diskutieren und nicht um über meine persönlichen Erfahrungen zu reden.

Ich kann Migrantinnen , die als SexarbeiterInnen arbeiten nicht vertreten, aber ich arbeite eng mit ihnen zusammen und ich werde versuchen, einige Dinge und Probleme, die sie betreffen, zu erklären.

Irgend jemand fragte mich, was der Zusammenhang zwischen dem Anliegen von Sexarbeiterinnen und einem Platz wie dem No-Border-Camp ist und viele Dinge sind mir dabei eingefallen. Viele Leute haben dieses Ding im Kopf, dass Prostituierte nur über sich selbst und ihre Probleme reden können, und dass sie nicht klug genug sind, um über Politik oder irgend was anderes reden zu können. Das ist lustig, weil es in Indien eine Vereinigung mit 37 000 Prostituierten gibt, es heißt das sgothi Projekt und sie organisieren das selbst. Sie haben jedes Jahr eine Konferenz und dieses Jahr war das Thema dieser Konferenz Krieg, das zeigt, dass auch Prostituierte politisch sein können und auch gute Gründe haben, es zu sein. Die Prostituiertenorganisationen arbeiten auch zusammen mit Transgender, Transsexuellen und Transvestiten. Sie sind meist die Opfer der schlimmsten Gewalt, Polizeibrutalität und Polizeimorden und sind auch am stärksten von Abschiebungen betroffen. Wir sind auch eng verbunden mit der Queer-Bewegung, weil wir uns auch viel mit dem Thema Sexualität beschäftigen. Viele von uns sind auch queer. Wir haben auch bei Aktivitäten gegen Aids mitgemacht, wie bei Act Up, wo's um den Gebrauch von Kondomen geht. Aber mehr und mehr denke ich, dass es wichtig ist, sich jetzt mit den Migrantinnenbewegungen zusammen zu tun. Es gibt Massenabschiebungen von Migrantinnen, die in Nordamerika und Westeuropa als Prostituierte arbeiten. Als Feministin denke ich, dass wir unsere Prioritäten auf die No-Border-Bewegung setzen sollten. Zum Beispiel habe ich noch kein Wort über all die Migrantinnen gehört, die ökonomisch und sexuell von ihren Mittelstandsbossen ausgebeutet werden . Oder von Migrantinnen, die in Sweatshop in ganz Europa nähen. Das alles, denke ich, sind ebenso wichtige Dinge für jede Migrantinnenbewegung, wie die Rechte von Sexarbeiterinnen.

Einige Beispiele: In Spanien wurden dieses Jahr hunderte nigerianische Sexarbeiterinnen aus Barcelona abgeschoben. In Frankreich gab es als Teil der Sarcovi-Gesetze die Ankündigung, dass Frankreich alle migrantischen Prostituierten, besonders die aus Brasilien, aufspüren und abschieben wird. [...] In vielen Fällen ist also die migrantische Prostituierte das Symbol des bösen Migranten geworden, nicht der gute, weiße, arbeitende , sondern der Schlechte, der Verbindungen zur organisierten Kriminalität hat. Da gibt es auch das Symbol der schlechten Frau, die sich nicht in die Gesellschaft einfügen will. In der westlichen Gesellschaft hast du die guten Frauen, verheiratet, mit Kindern und die schlechten, die Lesben, die Schlampen, die Huren. In vielen Fällen sind migrantische Prostituierte von diesen Ideen und schlimmen Formen von Rassismus angegriffen worden.Ich glaube, dass es auch wichtig ist, über die Repräsentation von .Migrant-

innen zu sprechen. Wenn Männer migrieren zum Beispiel werden sie als heroisch, stark, ihre Familien schützend, Gutes für ihr Land machend, beschrieben. Wenn Frauen migrieren, sind sie Opfer, verloren, verwirrt und ich finde es wirklich ineressant zu sehen, dass dies mitschwingt, wenn über Prostitution und Migration gesprochen wird.

Im folgenden möchte ich darauf eingehen, was Abschiebungen von migrantischen Prostituierten konkret bedeuten und wie die Gesetze gegen Prostitution zu Abschiebungen führen. Als Beispiel möchte ich eine Geschichte, die in Kanada passiert ist erzählen, weil da was draus zu lernen ist. Da arbeiteten einige asiatische Sexarbeiterinnen in einem Salon für erotische Massage, der wurde von der Polizei durchsucht und die Arbeiterinnen hatten keine Papiere. Also entschied die Polizei, dass sie gehandelte Frauen sind, Sexsklavinnen und dass sie gekidnappt wurden. In allen Zeitungen und Medien wurde darüber berichtet und plötzlich war da die Sympathie der Leute, naja, es war keine wirkliche Sympathie, es war skandalös: Einige weiße Feministinnen die keinerlei Erfahrung in antirassistischer Arbeit hatten, griffen sich das Mikrofon und ohne die betroffenen Frauen auch nur zu fragen, was ihre Erfahrungen waren oder was sie wollen, erklärten, dass sie gehandelte Frauen sind, Sexsklavinnen. Und sie sagten, dass der einzige Weg den Handel mit solchen Frauen zu verhindern wäre, die Migration von farbigen Frauen ganz zu verbieten, weil man ja nie wissen kann, ob sie gehandelt wurden.

Das Ergebnis des Ganzen war ein schärferes Antimigrationsgesetz gegen farbige Frauen aus Dritte-Welt-Ländern. Am Ende holten sich die Sexarbeiterinnen eine Übersetzerin. Der ersten gefiel nicht, was sie sagten und sie weigerte sich zu übersetzen, die zweite sagte, dass die Frauen schon in ihren Herkunftsländern Sexarbeiterinnen waren und das sie nach Kanada gekommen seien, weil man dort 10 mal mehr Geld verdienen kann. Die Frauen wurden in den Knast für Kriminelle gesperrt, weil Prostitution kriminell ist und dann wurden sie in den Abschiebeknast gesteckt, und anschließend abgeschoben mit dem Urteil, dass sie kriminell sind. Danach fingen die weißen Antifrauenhandel-Feministinnen an, mit der Polizei zusammenzuarbeiten und wir alle wissen, dass die Polizei kein Freund der Prostituierten ist. Zusammen machten sie 7 Projekte, alle mit sexiskandalösen Namen wie Projekt Alfonso oder Projekt Sexsklave mit dem Ziel, alle Frauen die in Strip Klubs oder Massagesalons arbeiten, festzunehmen. Sie taten dies und steckten alle Migrantinnen in Abschiebeknäste, um sie zu »schützen«. Was mit den anderen asiatischen Frauen geschah, war folgendes: die Polizei hatte Aufnahmen von Telefongesprächen, in denen diese Frauen ihren Familien erzählten, wie leicht hier an Geld zu kommen ist. Und natürlich waren die Zeitungen dann gegen sie und sie wurden plötzlich die schlechten, korrupten Migranten, die unser Land ausrauben.

Unter den Frauen waren 700 Migrantinnen, die als Prostituierte arbeiteten. Sie wurden mit ihren Kindern für 7 Monate in den Knast gesteckt und dann für weitere 7 Monate in den Immigrationsknast und dann als Kriminelle, die sich der Prostitution schuldig gemacht haben, abgeschoben. In vielen Ländern bedeutet das große Schwierigkeiten. In Kanada kann ich meine Kinder verlieren, meine Aufenthaltserlaubnis, vor Gericht werde ich als nicht vertrauenswürdige Person angesehen. Wenn ich vergewaltigt werde und vor Gericht gehe, werde ich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gleichbehandelt, sie werden sagen, ich

bin eine Prostituierte und kann deshalb nicht vergewaltigt werden. In anderen Ländern ist es sehr viel tragischer. Dort gibt es erzwungene Gesundheitstests, Aidstests und gynäkologische Test, was in Wirklichkeit staatliche Vergewaltigung ist. In manchen Ländern wirst du ermordet, wenn du HIV positiv zurückkommst. Das ist ein Ergebniss der Antimigrations- und Antiprostitutionsgesetze.

Die Antifrauenhandels-Feministinnen kamen nach Montreal und die Prostituierten versuchten ihnen zu erklären, dass das nicht die Lösung ist, sie festzunehmen und abzuschieben, aber sie sagten nein, das ist die Lösung, diese Frauen müssen geschützt werden. Die 700 Frauen riefen die Presse an und sagten, das schlimmste, was ihnen passiert ist, war festgenommen zu werden und nicht, eine Prostituierte zu sein. Niemand kann sagen, was irgendjemand anderes braucht, weil die Konsequenzen beschissen dramatisch sein können.

Jetzt werde ich erklären, was einige der Antiprostitutionsgesetze für dich bedeuten, wenn du Migrantin ist. Als allererstes bedeutet es, daß du immer versteckt arbeiten mußt, ohne Sicherheit und Schutz. Es ist schwerer mit anderen Frauen zusammenzuarbeiten. Du hast keinen Schutz von seiten der Polizei und die Leute wissen das, sie wissen, dass dein Leben in dieser Gesellschaft nichts zählt, daher gibt es viel Gewalt. In Kanada werden 10% der Morde an Prostituierten verübt, wovon die Hälfte nie aufgeklärt wird. Daher haben sich auch viele Prostituierte, die unter solch beschissenen Bedingungen arbeiten selbstorganisiert. Hier einige Beispiele: In Indien gibt es die Selbstorganisierung unter Prostituierten schon wesentlich länger als in den westlichen Ländern. Sie sind sehr aktiv gegen Polizeibrutalität und sie sagen, dass die Gesetze gegen Frauenhandel gleichzeitig Gesetze gegen Migration sind. Das kommt daher, dass sie es den Frauen schwerer machen, einzuwandern, daher sind sie von Schmugglern abhängig und werden eher sexuell ausgebeutet. Die Gesetze gegen den Handel machen keinen Unterschied zwischen Frauen, die migrieren und als Prostituierte arbeiten wollen und Frauen, die migrieren und als Prostituierte arbeiten, weil sie nicht legal arbeiten können. Migration mit dem Ziel von Prostitution ist illegal. Nach meinen Erfahrungen wussten 95% der emigrierten Sexarbeiterinnen, dass sie als Sexarbeiterinnen arbeiten werden. Bevor sie gingen, wurden ihnen die Bedingungen gesagt, aber wenn sie ankamen, waren sie oft viel schlechter mit der sexuellen und wirtschaftlichen Ausbeutung. Und sie können ihre Arbeitsbedingungen nicht anklagen, weil sie keine Rechte haben. Das kanadische Recht macht bei Vergewaltigungen einen Unterschied zwischen guten und schlechten Opfern. Wenn du Migrantin bist und als Sexarbeiterin arbeitest und du beweisen willst, dass du vergewaltigt worden bist, musst du beweisen, dass du eine gute anständige Frau bist, die eines Tages auf ihrem Weg zur Arbeit gekidnapped wurde. Du musst eine reine, unschuldige, heterosexuelle und verheiratete Frau sein, weil es für Sexarbeiterinnen in Kanada und sonstwo keine Rechte gibt. Die Mehrzahl von Missbrauch und Ausbeutung geschieht Prostituierten und wenn du dazu noch keine Papiere hast, ist

es ein Alptraum. Die Prostituierten in Kanada haben die Gesetze gegen Frauenhandel als Antimigrationsgesetze verurteilt, sie helfen keiner Frau und noch weniger Sexarbeiterinnen. [...]
Ein anderer interessanter Punkt ist folgendes: Im frühen 19. Jahrhundert gab es eine große Panik vor der Sklaverei weißer Frauen. Das war die Zeit der Industrialisierung, als viele Frauen allein in die ganze Welt ausgewandert sind. Da kam die Idee auf, dass an jeder Ecke ein Verrückter, gewöhnlich ein Schwarzer, ein Araber oder ein Jude darauf wartet, sich diese unschuldigen weißen Frauen zu greifen. Diese Panik führte zu strengen Antiimmigrationsgesetzen und auch die Frauenrechte wurden beschnitten. Die Regierungen sagten, sie wollen damit die Frauen vor Handel und Prostitution schützen, aber sie erschwerten damit nur die Einreise. Diese Panik, die mit dem Frauenhandel geschürt wurde, hat sehr wenig mit Interesse, die Rechte von Sexarbeiterinnen wirklich zu verbessern, zu tun. Oft geht es mehr darum, die Migrantinnen draußen zu halten. Und die Regierenden aus Nordamerika und Europa können dabei noch die »Guten« sein, weil sie ja die Frauen schützen, indem sie sie abschieben. Auch kommen viele, die Reden gegen Frauenhandel halten, aus der extremen Rechten. Es ist auch wichtig die Unterscheidung zwischen Frauen, die sich für Sexarbeit entscheiden und Frauen, die sich nicht dafür entscheiden, nicht zu vereinfachen. Die Grenze dazwischen ist viel fließender. Das andere Problem bei dieser Unterscheidung ist, dass die Frauen, die gezwungen werden, alle Unterstützung bekommen und die, die weiter als Sexarbeiterinnen arbeiten und arbeiten wollen, aber die Gewalt, den Missbrauch und die Morde anklagen wollen, werden überhaupt nicht unterstützt. Es ist also wichtig, alles zusammen zu betrachten.
Aber auf der ganzen Welt passieren auch eine Menge positive Dinge. 1982 wurde in Ecuador die erste Prostituiertenvereinigung mit 800 Frauen gegründet. Sie haben kürzlich gestreikt indem sie alle Hotels, die zuviel kassieren, geschlossen und alle Matratzen verbrannt haben. Sie haben einen Gouverneur gekidnapped um Rechte für Prostituierte einzufordern. Außerdem waren sie bei der ecuatorianischen Frauenbewegung ganz vorne mit dabei. Natürlich werden nicht nur Prostituierte, sondern auch Transgender und Transsexuelle deportiert. Außerdem gibt es eine große Phobie vor Transsexuellen. In Argentinien wurden in den letzten 11/2 Jahren 48 Transsexuelle ermordet. Die Vereinigung von Transsexuellen, Transgender und Prostituierten hat gegen eine Initiative gegen die Kriminalisierung von und Gewalt gegen Prostituierte gestartet. Dann kam ein Haufen belgischer und nordamerikanischer Feministinnen nach Argentinien geflogen, hat gesagt, dass man die Prostituierten schützen müsse und hat damit die Initiative zu Fall gebracht. Diese Feministinnen sind keine Linken, sondern Konservative, die eine Menge Fördermittel in Amerika erhalten. Sie arbeiten in der UN und eng mit den katholischen Kirchen zusammen. Eine lange Zeit war ihr Slogan: »sex hurts« (also Sex tut weh), was mich wirklich zum Lachen brachte.
Sie haben eine Menge Geld und ihre Ziele sind die gleichen, wie die der Lobby gegen Immigration. Ich glaube, manche haben gute Absichten und manche haben schlechte.
Hart ist es, wenn Prostituierte über diese Dinge sprechen und sagen, dass es uns nichts ausmacht, wenn wir missbraucht werden. Aber natürlich macht es uns was aus, natürlich kämpfen wir dagegen. Die Vereinigung in Indien prangert die Kampagne gegen Frauenhandel an, weil es mehr Macht in die Hände von Polizei und Grenzschutz gibt. Einige von ihnen leben jetzt in Spanien und organisieren die Migrantinnen dort. Vor 2 Wochen war eine Demonstration von Prostituierten in Barcelona. Ca. 200 Leute nahmen daran teil und ich glaube 80% von uns waren Sexarbeiterinnen, ca. 80 waren aus Ecuador, die sich dort selbst organisiert haben. Es gibt also eine Menge Prostituierten-Gruppen in Europa, die man unterstützen kann, mit denen man zusammenarbeiten kann und ich glaube dass einige Antirassistische Gruppen die Deportation von migrierten Prostituierten anprangern. Dies ist eine der ersten Dinge, die du machen kannst: Abschiebungen öffentlich anprangern, oder verhindern, wenn sie geschehen. Eine weitere Sache ist es, in Kontakt mit den lokalen Prostituiertengruppen zu treten und sie auf die Weise unterstützen, die sie brauchen.

Ich sprach in Spanien mit einigen nigerianischen Frauen, die dort auf der Straße arbeiten und sie sagten mir, dass die Bedingungen wirklich gefährlich und hart sind. Sie erzählten mir, einer weißen, völlig Fremden das nach 2 Minuten reden und das, weil es beschissen schlecht ist. Also glaube ich auch, dass es auch gut ist, rauszugehen und zuzuhören. Ich bin keine nigerianische Sexarbeiterin in Spanien, also müssen wir drauf hören, was die Leute für Prioritäten haben.

Anna Louis

THEATER rjc SCHACHAR

das jüdische theater in hamburg

Die Hölle der Mädchen

das Mädchen-KZ Uckermark

Monodrama mit Musik von Daniel Haw

Die Hölle der Mädchen

1943 - Jugendkonzentrationslager Uckermark. Hier sitzt, mit vielen anderen jungen Mädchen aus Deutschland und den besetzten Gebieten Europas, Helene Weiland ein. Eine Denunziantin hat sie bei der Gestapo angezeigt. Der Verdacht der Rassenschande genügt, um sie auf unbestimmte Zeit in die "Hölle der Mädchen" zu verbannen. Helene überlebt: sie ist körperlich und geistig stark, denn sie verfügt über Glauben, Hoffnung und eine gesunde Portion Hass, der sie das Grauen ertragen lässt.

Sie beginnt, Briefe an ihre beste Freundin Elli zu schreiben, die sie jedoch nicht abschicken darf und unter einer losen Diele in ihrer Baracke versteckt. Diesen Briefen in Tagebuch-Form vertraut sie die Vorgeschichte ihrer Inhaftierung, die Erlebnisse im Lager und ihre veränderte Wahrnehmung des Deutschen Vaterlandes an.

Das Konzept der Mörder

Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes erhebt im Dezember 1939 erstmals die Forderung nach speziellen Lagern für Zitat: "verwahrloste Jugendliche".
In der Sitzung des Reichsverteidigungsrates vom 01.02.1940 beklagen Minister der unterschiedlichsten Fachgebiete, Staatssekretäre und hohe Beamte die kriegsbedingte "Verwilderung" der Jugend, die Zunahme jugendlichen Unfugs sowie ein Ansteigen der Jugendkriminalität. Sie fordern Gegenmaßnahmen.
Der "Reichsführer-SS" Himmler unterstützt die Forderung Heydrichs. Das Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) in Berlin wird daraufhin beauftragt, "polizeiliche Jugendschutzlager" zu errichten. Polizei und SS haben damit ihr angestrebtes Ziel erreicht: Sie können auffällige und missliebige Mädchen und Jungen willkürlich inhaftieren. Die Haft wird durch bloße Verwaltungsanweisungen des RKPA scheinbar legitimiert, ein gerichtliches Urteil als nicht notwendig erachtet. Die Justizbehörden protestieren zunächst gegen das fehlende Mitspracherecht und erhalten nach jahrelangen Kompetenzstreitigkeiten lediglich die Möglichkeit, Jugendliche für die Haft in Moringen und Uckermark "vorzuschlagen". Auch die Hitler-Jugend und die Gestapo können nun Einweisungen veranlassen. Damit gibt sich die Justiz zufrieden. Sie ordnet sich dem Polizeistaat unter. Der Willkür von Polizei und SS sind damit Tür und Tor geöffnet.

Die Produktion
Es spielt:
Sabine May
Regie & Musik:
Daniel Haw
Regieassistenz:
Barbara Gohlke-Paul

Tagebuch - Mädchen-KZ - Musik - Hoffnung

Gastspiel für Jugendliche ab 12 und Erwachsene Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 6 Euro

Dienstag, 22. Juni, 19 Uhr im **Theater Laboratorium** (Wilhelmstraße 13)

Vorbestellungen unter Tel. 0441/16464 Veranstalter: Geschichtswerkstatt Oldenburg

von Hermann Werle

Auf dem Weg zur Weltmacht

Bis 2010 soll Europa Weltwirtschaftsmacht Nummer eins werden

Ein Großteil der sozial- und wirtschaftspolitisch relevanten Gesetze findet ihren Ursprung auf Ebene der EU. Brüssel ist fern - die Institutionen und politischen Verfahrensweisen sind wenig bekannt und schwer zu durchschauen, so dass sich die Tragweite vieler Entscheidungen aus Brüssel hinter einer Nebelwand der Nicht- oder Desinformation verbirgt. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit sollen die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zerschlagen werden, während die militärische Aufrüstung in der geplanten EU-Verfassung verankert werden soll. Hinter den Bestrebungen, aus der Regionalmacht Europa eine Weltmacht zu schmieden, stehen neben den führenden Verbänden der deutschen Industrie und Arbeitgeber (BDI und BDA), europäische Lobbyorganisationen und Denkfabriken.

Ob Standortdebatte oder Green Card, ob Ökosteuer, EU-Erweiterung oder Privatisierung, keines der Themen und keine der richtungweisenden politischen Entscheidungen der letzten Jahre ist ohne maßgebliche Einflussnahme der Spitzenverbände debattiert und schließlich im Sinne der Unternehmen entschieden worden. Als Ausgangspunkt der aktuellen innerdeutschen Debatten um Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die maßgeblich vom BDI und seinem 'Think Tank', dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), initiierte Diskussion um den „Standort Bundesrepublik" anzusehen. Seit 1986 wird jeder Eingriff in das soziale Sicherungssystem, jeder Angriff auf die Löhne und jede Steuererleichterung für Unternehmen mit der angeblichen Standortschwäche der Bundesrepublik legitimiert. Nicht die Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung sollen Maßstab sozialer Sicherung sein, sondern allein das, was die Wirtschaft bereit ist zu zahlen. Man könnte einwenden: So ist das doch schon immer gewesen! Die anstehenden 'Reformen' der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zeigen allerdings, dass sich ein durch die Arbeitgeber- und Unternehmensverbände angetriebener Strukturwandel vollzieht, der viele soziale - bisher als selbstverständlich geltende - Standards für die Bundesrepublik grundsätzlich in Frage stellt. Ein Zwang zur Arbeit unter schlechtesten Bedingungen bei gleichzeitig wachsender Armut breiter Bevölkerungsschichten wird sich mit der Umsetzung der geplanten Entwürfe manifestieren, wie die massiv eingeschränkte Funktion der Gewerkschaften. Der im letzten Jahr gescheiterte Streik der IG Metall wurde von BDA-Präsident Dieter Hundt umgehend medienwirksam genutzt, um das Recht auf Streik grundsätzlich in Frage zu stellen. Damit sollen die Gewerkschaften, ihres wirkungsvollsten Kampfmittels beraubt, dauerhaft an die kurze Leine genommen werden und zu Bettelvereinen verkommen.

Sozialdarwinistische Reformbewegung

Der aktuelle Angriff auf die Gewerkschaften und Lohnabhängigen fügt sich in einen massiven Propagandafeldzug der Industrielobby ein. Dafür wurde vor knapp vier Jahren eigens die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) ins Leben gerufen. Finanziert wird die Initiative von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie, die bis Ende 2004 rund 50 Mio. Euro in das Projekt investieren wollen. Die Koordination liegt bei der Berolino PR-Gesellschaft, die dem Institut der Deutschen Wirtschaft angegliedert ist und vom früheren BDI-Pressesprecher Dieter Rath geleitet wird. Berolino und diverse PR-Agenturen verbreiten ihre Botschaften auf Plakatwänden und ganzseitigen Anzeigen: „So viel Sozialstaat ist unsozial", meint Altbundespräsident Roman Herzog; Lothar Späth legt noch einen drauf und fordert in einer weiteren Anzeige: „Mehr Mut zur Ungleichheit!". Wo immer es geht, werden von Wissenschaftlern, Politikern und Managern mit Hilfe zahlreicher Medien derlei Statements in die Öffentlichkeit kolportiert. Für n-tv, N24, aber auch den Hessischen Rundfunk und die ARD scheint es eine Selbstverständlichkeit zu sein, den von den Verbänden propagierten Sozialdarwinismus bundesweit auszustrahlen. Angesichts der ökonomischen und sozialen Missstände, die diese Reformbewegung mitverursacht und gleichzeitig vertuschen will, biegen sich in vielerlei Hinsicht die Balken. Der Sozialabbau schreitet voran, während von neuen Arbeitsplätzen weit und breit keine Spur in Sicht ist. Die desaströse Pleite der größten Personal Service Agentur, Maatwerk, ist ein Beleg, dass trotz hoher staatlicher Subventionierung und dadurch ermöglichten

Niedrigstlöhnen, keine neuen Jobs vom Himmel fallen. Folgen wir Dagmar Schipanski, Bildungsministerin in Thüringen und engagierte Botschafterin der INSM, für die sozial ist, „was Arbeitsplätze schafft", so ist wohl der Umkehrschluss gestattet, dass besonders asozial die Konzerne sind, die in dieser schwierigen Situation trotz Niedriglohn und flexibler Arbeitszeiten nur an Profite und Aktienindex denken und weiterhin in großem Umfang Stellenabbau betreiben.
Einsichten dieser Art sind nicht sonderlich verbreitet - schon gar nicht mehr bei den Sozialdemokraten. Neben BDI, BDA, Leuten aus CDU/CSU/FDP/Grüne und dem Rechtsaußen Arnulf Baring, betätigen sich auch Sozialdemokraten in der INSM. 'Superminister' Clement war ebenso für die Initiative aktiv wie der geschasste frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit Florian Gerster. Dieser brachte die Substanz der propagierten „Neuen Sozialen Marktwirtschaft" im Gespräch mit der Berliner Zeitung vom 8. März letzten Jahres auf den Punkt: „Der Sozialpolitiker fragt, was braucht der in Not geratene Mensch? Dann definiert er Standards, die finanziert werden müssen. In einem hoch entwickelten Sozialstaat mit gravierenden Strukturproblemen wie dem unsrigen muss die Frage umgedreht werden: Wie viel Sozialstaat kann sich die Gesellschaft leisten?"

Alles schon gehabt

Mit ihrer Propagandaoffensive sind Gerster sowie seine neoliberalen Gesinnungskameraden und Kameradinnen der INSM nicht sonderlich originell, übernehmen sie doch im Kern die gleichen Positionen, die die Industrieverbände schon vor 80 Jahren formulierten: „Wie jede Politik ist auch die Sozialpolitik nur eine Politik des Möglichen, des Durchführbaren, des Tragbaren. Nicht allein der Gedanke, dass etwas 'gut' oder 'wünschenswert' ist, kann die Sozialpolitik bestimmen, sondern dazu muss die Gewissheit kommen, dass die zu treffende Maßnahme mit den vorhandenen Mitteln durchführbar ist und dass sie nicht andere, ebenso wichtige Volksglieder zum Schaden des Ganzen ungebührlich benachteiligt." Diese Worte des Konzernbarons Borsig, der seinerzeit Vorsitzender der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände war, wurden 1924 in der Schriftenreihe des Reichsverband der Deutschen Industrie publiziert. Aus dem gleichen Haus, im Dezember 1929 vor dem Hintergrund der Krisenerscheinungen der kapitalistischen Welt, wurden die Forderungen der Industrie schon wesentlich forscher formuliert: „Die Sozialversicherung soll die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden betreuen, eine unberechtigte, die Volksmoral schädigende Ausnutzung ihrer Einrichtungen aber verhindern." Zur Steuerpolitik heißt es: „Der Umbau der Finanzwirtschaft hat nach zwei Gesichtspunkten zu erfolgen: a) wesentliche Senkung der öffentlichen Ausgaben und Steuern, b) Beschaffung der Mittel, stärker als bisher, durch indirekte Besteuerung." Wer dächte da nicht an die rot-grüne Steuerpolitik oder die von Kanzler Schröder platzierte Faulenzerdebatte und den Worten seiner Agenda 2010-Rede vom 14. März 2003: „Niemandem aber wird künftig gestattet sein, sich zulasten der Gemeinschaft zurückzulehnen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt - wir werden die Zumutbarkeitskriterien verändern -, der wird mit Sanktionen rechnen müssen."
Ein historischer Vergleich hinkt zweifelsohne an vielen Stellen, deutlich ist jedoch, dass sich an den grundsätzlichen Tendenzen der Auseinandersetzung nicht viel ändert. Ähnlich wie heute konnten die Verbände als stärkste Interessenvertretungen der großen Konzerne Mitte der 1920er Jahre angesichts kapitalistischer Krisenerscheinungen und steigender Arbeitslosenzahlen eine scharfe Offensive gegen die Interessen der Lohnabhängigen entfachen. Damals vor dem Hintergrund einer Phase, in der die Arbeiterklasse durch harte Kämpfe und hohen Blutzoll bedeutende Fortschritte erzielt hatte. Fortschritte, die ihre Wirkung bis in den derzeit zum Abschuss freigegebenen Sozialstaat entfalten konnten. Ein weiterer Unterschied ist freilich, dass die Sozialdemokratie nicht schon immer die Argumente der Unternehmerverbände übernommen hat. Schließlich dienten sowohl das Bismarcksche Sozial-istengesetz von 1878 wie auch die wenige Jahre später erlassenen Gesetze zu den Sozialversicherungen nach dem Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche einst der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Lang, lang ist's her - für die Sozialver-sicherungen lohnt es sich aber auch heute noch zu kämpfen, und ein Gesetz, welches „gegen die gemeingefährlichen Bestre-bungen der Sozialdemokratie" vorgeht, wünscht man sich wohl bald wieder.

Arbeitsteilung

Um die engen Bande zwischen wirtschaftlichen und politischen Lenkern der Bundesrepublik besser zu verstehen, lohnt es, die Arbeitsteilung der Verbände und die personellen Verbindungen zu untersuchen. Die Verbandspolitik der Unternehmen entwickelte sich historisch an spezifischen Interessen. Eine größere Anzahl von Unternehmensverbänden entstand seit den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts. Sie waren überwiegend lokale Zusammenschlüsse, die sich mit Fragen des Verkehrs und der Tarife für Eisenbahnen und Schiffe beschäftigten. Mit der Gründung des deutschen Reichs vervielfachte sich die Anzahl der Verbände - Hauptgründungszweck war in dieser Zeit die Forderung nach Schutzzöllen, die anstelle von Freihandel Importzölle zum Schutz der einheimischen Wirtschaft erheben. Neben Vereinen wie dem der Süddeutschen Baumwollindustriellen oder der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen entstand mit dem Centralverband Deutscher Industrieller 1876 die einflussreichste Interessenvertretung der Industrie. Der Ruf nach wirksamer staatlicher Schutzzollpolitik wurde sowohl vom Centralverband als auch der Landwirtschaft gefordert und führte zur wirtschaftspolitischen Wende, der Bismarckschen Schutzzollpolitik. Mit Zuspitzung der sozialen Kämpfe und dem zeitgleichen „Sozialistengesetz" entstan-den zwischen 1880 und 1889 25 Arbeitgeberverbände als Kampforganisationen der Unternehmer gegen die Gewerkschaften. 1913 fusionierten diese Verbände zur Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (VDA), der Vorläuferorganisation der heutigen BDA. An der Aufgabenteilung hat sich bis heute nicht viel geändert. Während der BDI als Wirtschaftsverband in erster Linie als Lobby der Industrie auf die Politik und Öffentlichkeit einwirkt, sind die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften und die gegenseitige finanzielle Unterstützung bei Streiks sowie Koordinierung von Aussperrungen die Haupttätigkeiten der BDA.
Diese grundsätzliche Aufgabenverteilung der Spitzenverbände darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Grundsatzfragen eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit gibt, die sich nicht zuletzt in dem gemeinsam bezogenen „Haus der Wirtschaft" widerspiegelt. In der Breiten Straße 21-29 in Berlin-Mitte haben BDI, BDA und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag eine gemeinsame Adresse, von der aus „ein neues Kapitel der Interessenvertretung für die deutsche Wirtschaft" geschrieben werden soll, „deren Gemeinschaft nun auch unter einem gemeinsamen Dach seinen Ausdruck findet", wie BDA-Chef Dieter Hundt zur Einweihung des Gebäudes am 12. November 1999 vermerkte.

Lobby der Großkonzerne

Rund 75% der deutschen Unternehmen sind über ihre jeweiligen Branchen- oder Fachverbände im BDI und BDA organisiert. Beide Spitzenverbände verfügen des Weiteren über Vertretungen in 15 Bundesländern sowie diverse Fachbereiche und Ausschüsse. Dadurch entsteht ein enges Geflecht von Einflusssphären auf der Ebene der Kommunen und Länder aber auch der Außenpolitik. Wenngleich die Mehrzahl der organisierten Unternehmen kleine und mittelständische Betriebe sind, dominieren die transnationalen Konzerne die Verbändepolitik. Präsidium und Vorstand des BDI gleichen einem who is who der deutschen Konzernfürsten: Neben dem Präsidenten Michael Rogowski finden sich dort unter anderem Ekkehard Schulz (Thyssen Krupp AG), Burckhard Bergmann (E.on/Ruhrgas), Ulrich Hartmann (E.on AG), Harry Roels (RWE AG), Jürgen Schrempp (Daimler Chrysler), Heinrich v. Pierer (Siemens AG), Ludolf v. Wartenberg (Hauptgeschäftsführer der Deutschen Industrie und ehemaliger Staatssekretär) sowie der frühere Wirtschaftsminister Werner Müller

(RAG Aktiengesellschaft). Auffallend ist neben der Konzerndominanz die personelle Verflechtung in die politische Sphäre, die mit dem Begriff der Deutschland AG umschrieben wird und als deren „Vorstandsvorsitzender" sich Gerhard Schröder titulierte. Gemeinsam mit Minister Clement berief er im Juli drei Wirtschaftsführer der Deutschland AG in seinen engen Beraterstab: Klaus Mangold (Daimler Chrysler und Chef des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft im BDI), Heinrich v. Pierer und Jürgen Weber (Lufthansa AG) bekleiden seither das Amt des Beauftragten für Auslandsinvestitionen in Deutschland.
„Globalisierung hin, Entflechtung her - die Deutschland AG lebt", schrieb das Manager-Magazin im Oktober 2002 und stellte fest: „Das Old Boys' Network funktioniert wie eh und je. Ein Kreis einflussreicher Männer - sorry, no ladies - dominiert die deutsche Wirtschaft." Nicht ganz falsch, möchte man dem Magazin beipflichten, welches über diverse offizielle und private Treffen zu berichten weiß. Zum Beispiel wenn Kanzler Schröder mit eben jenen einflussreichen Männern Geburtstage feiert oder im Luftwaffen-Airbus mit Siemens Chef von Pierer & Co. Karten drischt - „Rotwein und Cohibas stets in Reichweite". Was allein fehlt an dieser Darstellung, ist die politische Tragweite dieser Männerkumpanei.

Vom gesellschaftlichen zum nationalen Interesse

Die sogenannte „Deutschland AG" bezeichnet die deutsche Version des Kapitalismus nach 1945. Um den inneren Frieden Nachkriegs-Westdeutschlands zu gewährleisten, wurde unter Einbeziehung gewerkschaftlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten ein System geschaffen, welches wirtschaftliche Machtkonzentration einschränken sollte. Durch Aktienbesitz oder Eigentum konnten Staat, Länder und Kommunen direkten Einfluss auf den Beschäftigungsstand nehmen und die Grundversorgung in verschiedenen Bereichen wie Energie, Transport und Telekommunikation für weite Teile der Bevölkerung sicherstellen. Die enge Verflechtung zwischen Politik, Banken und Unternehmen bildete das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft, deren sozialstaatliches Sicherungssystem der Sphäre der kapitalistischen Verwertung bislang weitgehend entzogen war. In diesem Sinne war das Wirtschaftssystem gesellschaftlichen Interessen verpflichtet. Den Unternehmen ging es dabei nicht schlecht, staatliche Subventionen, geringe Konkurrenz und die relative Abschottung des nationalen Wirtschaftsraums garantierten über lange Zeit satte Gewinne. Zudem waren 'feindliche' Übernahmen auf Grund des geringen Streubesitzes, der politischen Kontrolle und des großen Einflusses der Finanzinstitute (insbesondere Deutsche Bank und Allianz) ausgeschlossen. In einigen strategischen Bereichen wie der Energie wird sich das auch nicht ändern. Gerne würden ausländische Konzerne im Prozess der wirtschaftlichen Konzentration größere Häppchen der deutschen Unternehmenslandschaft übernehmen. Konzerne wie RWE, E.ON/ Ruhrgas oder ThyssenKrupp wurden aber mit politischer Unterstützung wie der Ministerentscheidung zur E.ON-Ruhrgas-Fusion aus strategischem Interesse zu Megakonzernen aufgebaut, um Deutschlands Rolle als politisch- ökonomische Großmacht zu stärken. Die von den Industrieverbänden beklagte angeblich zu schwache Investitionstätigkeit ausländischen Kapitals ist im Wesentlichen auf diese Abschirmung nach außen zurückzuführen und nicht auf zu hohe Steuer- oder Lohnkosten, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und sogenannte Wirtschaftsexperten immer wieder Glauben machen wollen. Die Aufweichung des Systems der Deutschland AG ist trotz dieser Beschränkung unübersehbar. Mit der Orientierung auf den Shareholder-value und der Expansion in den neuen Wirtschaftsräumen Osteuropas, Russlands und Asiens sind die transnational agierenden Unternehmen verstärkt bestrebt, sich jeglicher Fesseln staatlicher Regulation und gesellschaftlicher Verantwortung zu entledigen. Konzerne, die auf dem Weltmarkt bestehen wollen, und das können in den Schlüsselbereichen nur eine Hand voll, verfolgen aufmerksam den Aktienindex, scheren sich aber einen Dreck darum, wer links und rechts am Wegesrand liegen bleibt. Der Sozialstaat hat in dieser Logik seine Schuldigkeit getan, keineswegs aber der Nationalstaat und auch nicht das Netzwerk der Eliten aus Politik und Wirtschaft. Gesellschaftliche und soziale Interessen werden den Interessen der Wirtschaft geopfert und zu „nationalen Interessen" deklariert. Frei nach dem Motto: 'Es gibt keine Klassengegensätze mehr, es gibt nur noch Deutsche', lässt Kanzler Schröder kaum eine Gelegenheit aus – z.B. bezüglich der deutschen Irak-Politik - diese Interessenslage in die Welt zu posaunen.
„*Wir haben ein eigenes nationales Interesse an der Erweiterung - wirtschaftlich und politisch allemal. Europa und Deutschland - daran kann kein Zweifel bestehen - werden durch die Osterweiterung wirtschaftlich gewinnen, politisch wie ökonomisch.*" (Schröder, 12/00)
„*Es gibt auch keinen Streit darüber, dass wir ein nationales Interesse daran haben, dass die Türkei eine immer enger werdende Bindung an den Westen erfährt* (...)" (Schröder, 12/02)
„*Es ist mir wichtig, dass das klar wird. Die Deutschen sind auf dem Balkan, weil sie ein eigenes nationales Interesse an der Stabilität in der Region haben.*" (Schröder Bundestagsdebatte 9/01)

Die Spur des Bodo Hombach

Für die Durchsetzung der Interessen auf dem Balkan kam der Schröder-Intimus Bodo Hombach zum Einsatz. Dessen steile Karriere begann in den 1970er Jahren in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und in der SPD. Er war Wahlkampfmanager für Ministerpräsident Rau und Landesgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen SPD, bevor er 1991 einen Abstecher in die Wirtschaft u.a. bei der Salzgitter Stahl AG unternahm. Von dort ging es wieder in die Politik, wo er unter Clement NRW-Wirtschaftsminister wurde, dann Wahlkampfberater Schröders und schließlich die Führung des Bundeskanzleramts übernahm. Mit seiner unternehm-ensfreundlichen Politik stieß Hombach in dieser Position zwar auf Widerstand innerhalb der SPD, es gelang ihm aber, mit Lafontaine den letzten unliebsamen 'Reformbremser' aus der Regierungscrew zu entfernen.
Nachdem deutsche Truppen 1999 ein weiteres Mal in Jugoslawien einmarschiert waren, beförderte Kanzler Schröder seinen 'besten Mann' zum EU-Sonderkoordinator für den Balkan-Stabilitätspakt. Sehr erfreut darüber zeigte sich die deutsche Industrie, deren Sprecher, der damalige BDI-Präsident Hans Olaf Henkel in einem Spiegel-Interview frohlockte: „Ohne Hombach hätte es die überfällige Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht gegeben. Aber nun übernimmt er eine phantastische Aufgabe, und die deutsche Industrie wird künftig in Südosteuropa einen überaus kompetenten Ansprechpartner haben." Diese Einschätzung war wohl begründet. Osteuropa hat sich zu einem der bedeutendsten Investitionsfelder deutscher Unternehmen entwickelt. Mit einem Anteil von rund 17% führt Deutschland die Liste ausländischer Investoren bei Fusionen und Übernahmen in Mittel- und Osteuropa an, gefolgt von den USA (12%) und Frankreich (9%). Hombachs Engagement fand entsprechende Anerkennung. Für die Essener Westdeutsche Allgemeine Zeitung öffnete des Kanzlers Liebling die entscheidenden Türen des Pressemarkts, so dass die WAZ-Gruppe die führenden Zeitungen in Serbien und Montenegro besitzt und in Kroatien mit 70% der Zeitungen nahezu ein Monopol auf dem Pressemarkt hält. Aber auch in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Griechenland beherrscht der Medienkonzern große Teile der Zeitungsmärkte. Der Balkankoordinator wechselte Ende 2001 folgerichtig direkt in die Geschäftsführung der WAZ-Gruppe. Nebenbei betätigt er sich als Botschafter der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" und der Bundesverband der Deutschen Industrie honorierte die Arbeit mit einem Präsidiumsplatz im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Diverse Korruptions- und Unterschlagungsvorwürfe aus seiner Zeit in der NRW-SPD und bei Salzgitter tun der Musterkarriere des Bodo Hombach keinen Abbruch.

Das zweite Außenministerium

Im Ost-Ausschuss weiß sich Hombach in bester Gesellschaft. Neben Klaus Mangold (DaimlerChrysler), Burckhard Bergmann (E.ON/ Ruhrgas) und diversen anderen Wirtschaftsgrößen trifft der Karrierist hier auf Otto Wolff von Amerongen, dem langjährigen Präsidenten des Ausschusses. Im August gratulierte Bundestagspräsident Thierse im Namen des deutschen Bundestags von Amerongen zum 85. Geburtstag - wohlweislich, dass dieser während des Nationalsozialismus mit der Ausplünderung jüdischer Vermögen Geschäfte gemacht hatte. Der mit diversen Orden Geehrte - u.a. großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik - galt über Jahrzehnte als „heimlicher Osthandelsminister" und „Diplomat der deutschen Wirtschaft".

Außenpolitik, und das liegt in der Natur der Sache, ist für eine exportorientierte Industrie ein Feld von besonderem Interesse. Dementsprechend verfügt der BDI neben dem Ostausschuss über fünf weitere Regionalinitiativen, mit denen die globale Interessenssphäre der deutschen Industrie abgedeckt wird.

Als der rechte kolumbianische Staatspräsident Uribe auf seiner Europareise Mitte Februar 2004 natürlich auch in Berlin Station machte, um für seinen Kampf gegen den Terrorismus zu werben, gehörte selbstredend auch ein Empfang der Lateinamerika Initiative der deutschen Wirtschaft zum Programm.

Auslandsreisen des Kanzlers und Wirtschaftsministers werden nicht nur von großen Wirtschaftsdelegationen begleitet, es hat den Anschein als würden sie auch vom BDI angeregt und organisiert. Kurz nachdem Heinrich von Pierer, Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses, im Januar 2003 die Idee einer Regierungsreise nach Südostasien aufbrachte, saßen Schröder, Clement und die Freunde aus der Wirtschaft auch schon gemeinsam im Flieger - bei oben erwähnten Cohibas und Rotwein. Ob nach China, Lateinamerika, Russland oder zuletzt in die Türkei, Schröder hat seine Freunde aus der Wirtschaft immer dabei.

So in etwa dürfte sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amts Wolfgang Ischinger die „umfassende Zusammenarbeit" zwischen Auswärtigem Dienst und deutscher Wirtschaft vorgestellt haben, als er seine Rede auf einem BDI-Symposium mit den Worten enden ließ: „Nutzen Sie die Ressource Auswärtiger Dienst - es ist Ihr Auswärtiger Dienst!"

Als am 20.03.2003 die Bombardierungen des Irak begannen, sahen viele Menschen in Gerhard Schröder einen Mann des Friedens. Skeptiker hielten das „Nein" zum Krieg wenige Monate vor den Bundestagswahlen für ein taktisches Manöver, übersahen jedoch - zum Teil ebenfalls aus wahltaktischen Gründen - die deutliche Ablehnung der Industrie zu diesem Krieg. Die hatte sich nämlich kurz zuvor noch äußerst glamourös auf einer Industriemesse in Bagdad präsentiert. Deutsche Investitionen und das gute deutsch-irakische Wirtschaftsverhältnis sollte nicht durch einen Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden, zumal die US-Dominanz nach dem Krieg vorprogrammiert war. Um Schadensbegrenzung des deutsch-(US)-amerikanischen Verhältnisses zu betreiben, organisierte der BDI sowohl vor als auch nach dem Krieg Krisentreffen in Deutschland und den USA mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik aus beiden Ländern. Auch wenn es derzeit den Anschein hat, dass die Krise überwunden ist, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Verhältnis zwischen EU und USA von gegensätzlichen Interessenslagen geprägt ist.

Lobbying auf EU-Ebene

Hintergrund des schwierigen Verhältnisses ist nicht zuletzt eine Ankündigung der EU aus dem Jahr 2000. Die europäischen Staats- und Regierungschefs verständigten sich mit der „Lissabon-Strategie" auf das gemeinsame Ziel, Europa bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu gestalten - eine deutliche Kampfansage an die USA, deren globale Hegemonie in Frage gestellt werden soll. Es ist somit auch keineswegs ein Zufall, dass Schröders Agenda - recht willkürlich wie es zunächst scheint - den Zusatz „2010" erhielt. Die Agenda 2010 ist ein EU-Programm der Harmonisierung des europäischen Wirtschaftsraums unter der Kontrolle der Konzerne. Mit den gleichen Forderungen, mit denen BDI und BDA die deutsche Gesellschaft auf ihren neoliberalen Kurs eintrimmen, beherrscht die EU-Industrie-Lobby den Diskurs auf Ebene der EU: Lebenslanges Lernen, Investitionen in die Forschung, Privatisierung, Deregulierung, 'Reform' der Steuer- und Sozialleistungssysteme sowie der Arbeitsmärkte etc.

Folgen wir den Ausführungen der Bundeszentrale für politische Bildung, so tummeln sich „mehr als 1000 Verbände, europäische Unternehmensvertretungen und Lobbyagenturen in Brüssel". Im Heft 279 der Reihe „Informationen zur politischen Bildung" (Auflage 920.000) werden auf 66 Seiten die Geschichte, Verträge und Institutionen der EU dargestellt. Auch dem EU-Lobbyismus sind einige Zeilen gewidmet. Einzig der Europäische Gewerkschaftsbund findet namentliche Erwähnung. Er ist einer der europäischen Sozialpartner, die „durch ihr Recht, Gesetzgebungsvorhaben der Kommission an sich zu ziehen und auf dem Verhandlungswege eine Entscheidung herbei zu führen, von 'Einfluss-' zu 'Entscheidungsträgern' aufgewertet wurden". Das klingt recht demokratisch, verschleiert jedoch die realen Machtverhältnisse. Dem zahnlosen Gewerkschaftsbund stehen mit UNICE (Union of Industrial and Employers Confederations of Europe), ERT (European Round Table of Industrialists) und ESF (Europea Services Forum) drei höchst potente Unternehmensvertretungen gegenüber. Während die 1958 gegründete UNICE den Dachverband der Industrie- und Arbeitgeberverbände darstellt, ist der ERT ein elitärer Männerclub, dem 46 Vorstandsvorsitzende der größten europäischen Konzerne angehören. Mit acht Vertretern ist die deutsche Industrie am stärksten vertreten. Mit dem erst 1999 auf Initiative des damaligen EU-Handelskommissars gegründeten ESF ist eine Lobbygruppe entstanden, die im Rahmen der Welthandelsorganisation europäische Interessen in den Liberalisierungsverhandlungen im Dienstleistungsbereich (Finanzen, Versicherungen, Telekommunikation, Transport etc.) formulieren soll.

Hauptadressat der Lobbygruppen ist die Europäische Kommission, in deren Generaldirektionen und angegliederten Diensten rund 20.000 Beschäftigte arbeiten. Hier werden die Richtlinien und Verordnungen konzipiert, die für die Mitgliedsstaaten bindenden Charakter erhalten. Wie auf bundesdeutscher Ebene sind die Netzwerke zwischen Politik und Wirtschaft eng gestrickt und basieren häufig auf freundschaftlichen Beziehungen.

Die Rhein-Ruhr-Mafia

Deutsche Konzerne sind bestens auf dem europäischen Parkett platziert. An der Spitze von UNICE und ERT stehen mit dem BASF-Vorstandsvorsitzenden Jürgen Strube und dem Aufsichtsratsvorsitzenden und früheren Vorstandsvorsitzenden der ThyssenKrupp AG Gerhard Cromme derzeit zwei deutsche Konzernherren, die ihr Handwerk gründlich gelernt haben. Beide besetzen Aufsichtsratsposten in diversen deutschen Konzernen (Strube u.a. bei Commerzbank und BMW; Cromme u.a. bei Allianz, Springer, E.ON und Volkswagen) und sie verfügen über beste Kontakte zur Politik.

Cromme gilt als enger Vertrauter Wolfgang Clements und neben Ulrich Hartmann (E.ON) und Dietmar Kuhnt (RWE) als zentrale Persönlichkeit der „Rhein-Ruhr-Mafia" (Manager Magazin). Cromme und Clement kennen sich seit vielen Jahren, saßen sie in Düsseldorf doch quasi in Sichtweite auf ihren gut gepolsterten Chef- Sesseln - Clement als Ministerpräsident, Cromme als ThyssenKrupp-Manager. Der strukturelle Umbau des Stahlkonzerns zum Megaproduzenten von Stahl und Investitionsgütern (Maschinen, Aufzüge, Schiffbau, Schienenfahrzeuge) mit weltweit über 190.000 MitarbeiterInnen geht ebenso auf das Engagement Clements zurück wie die Fusion mit Krupp und die Exportförderung und jahrelangen Subventionen des Bunds für den von ThyssenKrupp und Siemens entwickelten Transrapid. Clement wird bis heute nicht müde, das Projekt, das niemand so richtig will,

weiterhin in Milliardenhöhe fördern zu wollen und anzupreisen als hinge sein Herzblut daran. Blut wird der 'Superminister' wohl keines vergossen haben. Er macht sich lediglich die Sorgen, die sich jeder Unternehmer macht, wenn sein Produkt nicht den Marktinteressen entspricht. Als Kuratoriumsmitglieder der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung sitzen Clement und Cromme im gleichen Boot. Mit 18,83% (Bilanz 2002) ist die Stiftung größter Einzelaktionär bei ThyssenKrupp und bestimmt somit maßgeblich die Geschicke des Konzerns.

„(...) *ich kann keinem Historiker oder Wirtschaftswissenschaftler wünschen, dass er diesen ekelhaften Gegenstand noch einmal von den Quellen aus bearbeiten muss*", schrieb der renommierte, 1997 verstorbene DDR-Wissenschaftler Jürgen Kuczinsky, nachdem er sich Ende der 1940er Jahre eingehend den Unternehmerverbänden gewidmet hatte. Diese Aussage trifft auch heute noch zu, nur dass sich die Struktur des Untersuchungsgegenstandes auf europäische und globale Akteure sowie hochspezialisierte Denkfabriken ausgeweitet hat.

Weltmachtstreben

Formulieren die Lobbyverbände vom BDI bis ERT überwiegend die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Steuerpolitischen Spielregeln, so ist es die Aufgabe von staatlich und privat finanzierten Denkfabriken, strategische und geostrategische Planungen zu entwerfen. In der Bundesrepublik sind dies federführend die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und das Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP). Das 1995 an der Universität München gegründete Centrum wird überwiegend von der Bertelsmann Stiftung finanziert und ist insbesondere auf das Themenfeld der Europäischen Integration spezialisiert. Wichtige Beratungsfunktion erhält das Centrum dadurch für die deutsche Europapolitik, im Vorfeld von EU-Regierungskonferenzen darüberhinaus aber auch für die Europäische Kommission, wo gute Kontakte zur Generaldirektion Ia - Außenbeziehung – bestehen. Bei weitreichenden Entscheidungen, wie sie in diesem Jahr anstehen, kommt den Planungen des CAP somit eine Schlüsselrolle zu.

Drei bedeutsame Ereignisse stehen auf der diesjährigen Tagesordnung der Europäischen Union: Die EU-Erweiterung um zehn Staaten am 1. Mai, die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni und schließlich die gemeinsame Verfassung für den weltweit größten geschlossenen Wirtschaftsraum. Dessen Verabschiedung ist zunächst insbesondere an den Befürchtungen der polnischen Regierung gescheitert, dass mit der Verfassung eine deutsche Hegemonie für Ost- und Südosteuropa zementiert werden könnte. Großraumplanungen aus deutschen Schubladen, u.a. aus dem Hause des CAP in München bestätigen diese Befürchtungen durchaus.

„*Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.*"

Wie weit diese vom Europäischen Rat 2000 in Lissabon beschlossene strategische Zielsetzung zu interpretieren ist, zeigen die Überlegungen des Direktors des CAP, Professor Werner Weidenfelds. Als Lenker des CAP und führendem Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gilt Weidenfeld als einer der einflussreichsten Politikberater Deutschlands.

„*Die Bevölkerung der EU wird von heute 371 Millionen auf 539 Millionen anwachsen; etwa doppelt so viel wie die der USA. Ihre Fläche beträgt 5.097.000 Quadratkilometer, etwas mehr als die Hälfte der USA. Das Bruttosozialprodukt liegt um rund 15 Prozent höher als das der USA. Dieses Potenzial könnte also den Status einer Weltmacht definieren", so der Professor. China, Russland und Indien verfügten zwar ebenfalls über große Potenziale, wären aber mit gravierenden Schwächen konfrontiert. „Im Vergleich zu diesen Akteuren kommt das Potenzial der Europäischen Union dem der Weltmacht USA am nächsten – ja es ist ihm in weiten Teilen sogar überlegen. Nicht erst seit 1989 ist das integrierte Europa eine Weltmacht im Werden. (...) Sie ist Magnet und treibende Kraft in der weltpolitisch bedeutsamen Neuordnung der sowjetischen Hinterlassenschaft; die Agenda der Nachbarschaftspolitik der EU umfasst Herausforderungen und Akteure von weltpolitischer Brisanz.*"

Was nach Meinung des Strategen noch fehle, sei ein „operatives Zentrum" und „vor allem ein strategisches Denken". „Das Defizit an strategischem Denken erweist sich so als eigentliche Achillesferse Europas" (alle Zitate aus Die Welt vom 8.3.03). Aus einem Arbeitspapier des Osteuropa-Instituts der FU-Berlin geht hervor, dass das CAP seit Bestehen bemüht ist, den beklagten Mangel an strategischem Denken auszugleichen. Allein im ersten Halbjahr 1999 hat das Centrum an zwei wichtigen außenpolitischen Ereignissen maßgeblich mitgewirkt (Außenpolitikberatung in Deutschland, Herausgegeben von Klaus Segbers, 1999).

Ein von Weidenfeld und dem Verlag der Bertelsmann Stiftung 2001 herausgegebenem Strategiepapier „Jenseits der EU-Erweiterung" beschäftigt sich ausschließlich mit dem „europäischen Integrationsraum" nach der Osterweiterung und den neuen Nachbarschaften – Russland, Ukraine, Belarus. „Diese Nachbarschaften stellen stabilitätspolitische Herausforderungen dar, deren Ausmaß sich bisher noch kaum jemand verdeutlicht hat", heißt es in der Einleitung. Als besonderes Gefahrenpotenzial wird Belarus ausgemacht. „Noch schwieriger als die Beziehungen zur Ukraine und Moldova gestaltet sich das Verhältnis zwischen Europa und Belarus. Die offizielle Außenpolitik des Lukaschenko-Regimes konzentriert sich auf die Intensivierung der Beziehungen zu Russland bis hin zu einer russisch-belarussischen Union." Ein Umsturz wird in dem Papier nicht direkt propagiert, beklagt wird aber das unzureichende Interesse der EU an der belorussischen Opposition, die „durch gezielte Unterstützung von außen auch vergrößert werden" könnte. Beinahe bedauernd stellt das Strategiepapier fest, dass Belarus im Gegensatz zu den Minderheitenproblemen in Südosteuropa „über kein vergleichbares ethnisches Konfliktpotenzial" verfügt.

Aus der geopolitischen Mottenkiste

Ein operatives Zentrum in Form eines europäischen Außenministeriums hätte mit der europäischen Verfassung entstehen sollen – und Fischer wäre gern der erste Unionsaußenminister geworden. Diese Pläne sind vorerst vom Tisch, keineswegs allerdings strategische Planungen, wie sie von Weidenfeld eingefordert werden. Längst hat die durch den Nationalsozialismus lange Zeit diskreditierte Geopolitik wieder Einzug im Auswärtigen Amt gehalten. Der Griff in die Mottenkiste deutscher Geostrategen scheint geradezu populär, so ähnlich sind die heutigen Konzeptionen. Detaillierte Pläne für einen Großraum, der frei von Zollbarrieren und mit gemeinsamer Währung die Weltmärkte beherrschen sollte, wurden seit den 10er Jahren intensiv diskutiert. Als einer der mächtigsten Wirtschaftsführer hielt der Aufsichtsratsvorsitzende der IG Farbenindustrie und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Carl Duisberg 1931 eine Rede vor dem Bayerischen Industriellen-Verband, in der es u.a. hieß: „Begonnen wurde diese Tendenz (nach größeren übernationalen Wirtschaftsräumen) äußerst zielbewusst in den Vereinigten Staaten, die mit Dollar und Gewehr nach Norden und insbesondere nach Mittel- und Südamerika ihre Einflusssphäre ausbreiten. (...) Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt neue Wirtschaftsräume zur Aktivierung schreiten, während sich ein panamerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereitet, droht Europa durch seinen inneren Zwist immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Russland als mächtiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen ist und England seine Interessen in seinem überseeischen Imperium gebunden sieht." Nur ein geeintes Europa sei also in der Lage, weltpolitisch Bedeutung zu erlangen. Deutschland käme die Führungsrolle zu, die die europäischen Nachbarn zu akzeptieren hätten. Zwar basierten diese Pläne nicht zwangsläufig auf Eroberungsfeldzügen, sie widersprachen den militärischen Expansionsbestrebungen der Nationalsozialisten aber auch nicht.

Fischers Avantgarde

In ihrem 1994 verfassten CDU-Strategiepapier „Überlegungen zur europäischen Politik" ziehen Karl Lamers und Wolfgang Schäuble ihre Lehren aus dem verlorenen Krieg: „Die militärische, politische und moralische Katastrophe 1945 als Folge des letzten dieser Versuche (deutscher Hegemonieerrichtung) ließ Deutschland nicht nur erkennen, dass seine Kräfte hierzu nicht ausreichen, sie führte vor allem zu der Überzeugung, dass Sicherheit nur durch eine grundlegende Änderung des europäischen Staatensystems gewonnen werden kann, in dem Hegemonie weder möglich noch erstrebenswert erscheint."

Dass Deutschland auch heute noch eine führende Rolle zu spielen habe, daran lassen die CDU-Strategen an anderer Stelle dennoch keinen Zweifel: „*Der feste Kern hat die Aufgabe, den zentrifugalen Kräften in der immer größer werdenden Union ein starkes Zentrum entgegenzustellen und damit die Auseinanderentwicklung zwischen einer eher protektionismus-anfälligen Süd-West-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Frankreich und einer stärker dem freien Welthandel verpflichteten Nord-Ost-Gruppe unter einer gewissen Anführung durch Deutschland zu verhindern.*" Die rot-grüne Regierung hat das CDU-Papier zum europapolitischen Regierungsprogramm gemacht. Die von Schäuble und Lamers eingeforderte Achse Paris - Berlin verfestigte sich durch die geschlossene Position zum Irak-Krieg und auch ein Kerneuropa ist für Schröder und Fischer eine denkbare Option. Eine Etappe auf dem Weg zur Vollendung der politischen Union könnte nach Fischers Vorstellungen, die er im Mai 2000 der Öffentlichkeit vorstellte, „die Bildung eines Gravitationszentrums" sein, welches „die Avantgarde, die Lokomotive für die Vollendung der politischen Integration sein" solle. In der gleichen Rede hob Fischer die überragende Bedeutung der Osterweiterung hervor: „*Gerade die deutsche Wirtschaft wird von der Erweiterung einen hohen Gewinn für Unternehmen und Beschäftigung davontragen. Deutschland muss daher weiter Anwalt einer zügigen Osterweiterung bleiben.*"

Osteuropa im Visier

Schäuble war voll des Lobes für diese Rede Fischers und auch in den Vorstandsetagen deutscher Konzerne werden Fischers Worte mit Wohlwollen aufgenommen worden sein. Der Osten sei als „Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt" hatten Schäuble und Lamers in ihrem Papier geschrieben und bereits zwei Jahre zuvor - 1992 - hatte der Siemens-Vorstand seine strategischen Ostpläne formuliert: „Mit den Kooperationen in Osteuropa verfolgen wir vor allem zwei strategische Ziele. Erstens sollen sie den Zugriff auf neue Märkte, insbesondere in Osteuropa verschaffen. Zweitens brauchen wir Niedriglohnstandorte, in denen wir so kostengünstig produzieren können, dass sich die Produkte auf den kaufkraftschwachen Ostmärkten absetzen lassen." Der heute noch amtierende Siemens-Chef von Pierer wurde 1995 noch deutlicher: „Die Personalkosten liegen in der CSFR gerade bei fünf bis zehn Prozent von denen in Deutschland. Die Leute sind gut ausgebildet, und es gibt dort eine gewachsene Industriekultur. Wenn wir jetzt noch die Produktivität steigern und die Qualität auf unser Niveau erhöhen, dann haben wir dort eine fast unangreifbare Wettbewerbsposition – und zwar für den Weltmarkt" (zitiert nach isw report Nr. 23). Dass diese Rechnung offensichtlich aufgeht, zeigen die Erfolgsbilanzen des Konzerns, der bereits angekündigt hat, im Zuge der Osterweiterung weitere Teile seiner Software-Entwicklung und Fertigung dorthin verlagern zu wollen.

Aber nicht nur für Siemens verspricht Osteuropa ein lohnendes Geschäft zu werden. Großkonzerne wie RWE und E.ON/Ruhrgas sind seit Jahren auf Beutezug in den geöffneten Märkten des Ostens. Von kommunalen Wasserversorgern bis zu Staatsbetrieben wird aufgekauft, was sichere Rendite verspricht. E.ON, welches sich nach dem Ministerentscheid vor zwei Jahren den Erdgas-Riesen Ruhrgas einverleiben durfte, expandierte in den letzten Jahren zu Deutschlands größtem Energieversorger und bildet mit RWE auf dem deutschen Energiemarkt ein Duopol, welches - entgegen aller Beteuerungen der preissenkenden Wirkung durch Deregulierung - die Preise für Strom, Gas und Wasser nach oben treiben kann. Der Energieversorgung Europas kommt eine strategische Bedeutung zu, die im „Grünbuch – die Sicherheit der Energieversorgung der Union" der Europäischen Kommission von Ende 2000 skizziert wird und eine drastisch ansteigende Importabhängigkeit prognostiziert. Der Rolle des Erdgases wird eine wachsende Bedeutung für die Energiesicherheit der EU beigemessen und bis zum Jahr 2020 mit einem Zuwachs von 60 % gegenüber dem heutigen Verbrauch gerechnet. Bis zum Jahr 2030 soll die Hälfte des Stroms innerhalb der EU aus Erdgas erzeugt werden und neue Regionen an das Erdgasnetz angeschlossen werden. Vorgesehen - oder auch schon fertig gestellt - sind Gaspipelines quer durch Europa von Norwegen bis Portugal und darüberhinaus zu den Quellen in Algerien, Russland, Iran und anderen Ländern am Kaspischen Meer. „Geopolitisch betrachtet stammen 45 % der Erdöleinfuhren aus dem Mittleren und Nahen Osten, 40 % der Erdgaseinfuhren aus Russland, wobei die Europäische Union noch nicht über ausreichende Möglichkeiten verfügt, auf dem Weltmarkt Einfluss zu nehmen," resümiert das „Grünbuch" und spekuliert dabei auf eine weltpolitische Rolle, die der Vormachtstellung der USA Paroli bieten kann. Vorgesehen sind Mindeststandards von Erdöl- und Gasvorräten, langfristige Lieferverträge aber vor allem die engere Anbindung Russlands.

Mit der Beteiligung von E.ON/Ruhrgas am weltweit größten Gasunternehmen Gazprom wird diese strategische Allianz mit Russland vorangetrieben, die mehr Unabhängigkeit von den – weitgehend von den USA kontrollierten - Ölreserven im arabischen Raum schaffen soll.

Sterben für Brüssel

Entsprechend der strategischen Bedeutung sitzt mit dem E.ON/Ruhrgas Aufsichtsratsvorsitzenden und Ex-Vorstandsvorsitzenden des Energieriesen Ulrich Hartmann in führender Position der Stiftung Wissenschaft und Politik. Das Institut wurde 1962 gegründet und ist durch die Zusammenführung mit anderen Forschungseinrichtungen inzwischen mit rund 120 Mitarbeitern zum größten außenpolitischen think tank Europas angewachsen. Zum 40jährigen Bestehen der SWP brachte Hartmann zum Ausdruck, wie sich SWP, Politik und Wirtschaft zu ergänzen haben: „Wenn unser Land heute als ein handlungsfähiger Partner in der Völkergemeinschaft agiert und als ein stabiler Faktor in einer Welt des Umbruchs anerkannt ist, so ist dies natürlich gerade auch aus Sicht international tätiger deutscher Unternehmen sehr zu begrüßen. (...) Wir brauchen also nicht weniger Politik, in einigen Bereichen brauchen wir sogar mehr Politik – und damit brauchen wir auch mehr Politikberatung." Etwas konkreter formuliert Friedemann Müller die Rolle der Politik in dem SWP-Arbeitspapier: „Sicherheit der Energieversorgung – Zu kompliziert für Europas Politiker?" Dort heißt es: „Die Schaffung eines ausreichenden Maßes an Versorgungssicherheit für ein Land oder eine Region ist keine genuine Aufgabe von privaten Unternehmen, sondern Teil der Sicherheitspolitik." Da diese innerhalb der EU vernachlässigt würde, entstünde ein Vakuum der Zuständigkeit und einer Nicht-wahrnehmung von deutschen bzw. europäischen Interessen, „wie sie in den USA undenkbar wäre". Mit der jüngst vom „Hohen Vertreter der EU", Javier Solana vorgelegten ersten Sicherheitsstrategie der EU, wird auch dieses Defizit bald überwunden sein und EU-Soldaten für Brüssel und europäische Konzerne in den Krieg ziehen und auf dem Feld der Ehre sterben. ■

Hermann Werle ist Politikwissenschaftler, lebt in Berlin und arbeitet als freier Autor für das MieterEcho, der Zeitung der Berliner Mieter Gemeinschaft. *Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung des Autors.*

Erschienen in: telegraph #110 (April 2004)

Definitiv links

Der Fall Mia beweist die Dummheit dieser Band, belegt aber noch viel mehr die fehlende subversive Strahlkraft des aktuellen Pop an sich.

von wolfgang seidel

Mia sind pfui, weil nationalistisch, heißt es. Mia wehren sich mit der Erklärung: »Wir sind definitiv links.« Das ist erstmal eine gute Nachricht. Scheinbar gibt es doch noch einen Konsens zwischen der Band und ihren Kritikern, dass der Soundtrack für eine bessere Welt auf der Linken zu Hause ist. Also alles nur ein Missverständnis, wo die es doch nach aller Wahrscheinlichkeit mit ihrer Selbsteinschätzung ehrlich meinen? Macht es Sinn, Musiker dafür haftbar zu machen, dass es keine kräftige Linke (mehr) gibt? Linke Musiker waren auch in besseren Tagen nur Spiegel oder Lautsprecher einer Bewegung, nicht deren Erfinder. Mia haben die Sprüche, wegen denen sie notwendigerweise kritisiert werden, so wenig erfunden wie die Scherben den Slogan »Keine Macht für niemand«. Die jeweiligen Slogans geben nur mit musikalischer Begleitung den Diskussionsstand der Szene wieder, aus der sie kommen. Und da scheint jetzt, wo die Träume vom unaufhaltsamen Aufstieg der New Economy zumindest vorläufig ausgeträumt sind und aus der Boom- eine Bumgeneration zu werden droht, große Ratlosigkeit zu herrschen. Um so mehr, als es in dieser Szene über Jahre als uncool und spießig galt, sich über die Verfasstheit dieser Gesellschaft allzu viele Gedanken zu machen. Nun ist die Party vorbei und die Gäste wissen nicht, auf welcher Seite der Ausgang ist. Rechts oder links? Und einige Gäste sind noch so besoffen, dass sie Probleme haben, das zu unterscheiden. Der Stein des Anstoßes ist Mias Liebeserklärung an die Nation: »Fragt man mich jetzt, woher ich komme, tu ich mir nicht mehr selber leid.« Was stört, ist die Wortwahl. Bei der Beschäftigung mit der Frage, wie dieses von ordentlichen und fleißigen Menschen, Dichtern und Denkern, bevölkerte Land einen beispiellosen Vernichtungskrieg beginnen konnte, von Selbstmitleid zu reden, verweist dieses notwendige Nachdenken ins Reich der psychischen Erkrankungen, gegen die man Psychopharmaka verordnen sollte. Auch wenn Mia von einer Gesellschaft ohne Geld träumen, sind sie nicht so links, wie das auf den ersten Blick aussehen mag. Sängerin Mieze: »Ich schneide dir die Haare, dafür legst du mir die Fernsehkabel. Arbeit muss doch nicht mit Austausch von Geld verbunden sein.« Tauschhandel statt Geld ändert nichts an Besitzverhältnissen und der daraus resultierenden politischen Macht. Da wird das Geld als symbolischer Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse zum Schuldigen gemacht. Mit dem Geld als Schuldigen hat man auch gleich den eigentlichen Feind ausgemacht. Und die Rechte wusste schon immer, wer das ist. Auf die Frage eines Reporters an die Band, ob das nicht etwas naiv ist, antwortet Mieze: »Die Gedanken sind frei.« Dieses Lied, »Was es ist«, egal wie es mal gemeint war, ist eines der Lieblingslieder der extremen Rechten geworden, die ja als die ewig Unterdrückten, als die sie sich fühlen, nicht sagen dürfen, dass es Holocaust und Wehrmachtverbrechen nie gegeben hat.

Ist Mia deshalb rechts? Nein – wahrscheinlich sind sie nur dämlich. Für den Chefredakteur der Berliner Stadtzeitschrift Tip, wo Mia vor zwei Ausgaben im Haupttext als die netten Jungs und Mädels von nebenan präsentiert wurden, ohne dass nur mit einem Wort auf die von vielen Seiten erhobene Kritik eingegangen wurde, sind das ohnehin nur »modische Chiffren«, die »keinen politischen, sondern popkommerziellen Gesetzen gehorchen«. Legt man die Messlatte nicht ungerecht hoch, indem man von Musikern eine präzise gesellschaftliche Analyse verlangt? Tut man – aber in diese Situation hat sich die Band selber gebracht mit ihrer forschen Nationalstolz-Kampagne. Und Naivität taugt nur bedingt als Entschuldigung, seitdem die Band ihre alles entschuldigende Jugend (der Älteste der Band ist 32) zur Diskussionsstrategie gemacht hat. So darf die Band sich über zweierlei nicht wundern: über die Kritik von links, wo sie doch meint, dazuzugehören, und das Lob von rechts. Da freut sich die NPD-Zeitung Deutsche Stimme: »Jahrzehntelang war die Hegemonie in der Jugendkultur ein unantastbarer linker Erbhof. Diese kulturelle Vorherrschaft ist nun zumindest spürbar angekratzt.« Dann wird der Bogen von Mia zu Josef Maria Klumb geschlagen, mit

dessen Band Weissglut Sony schon einmal ins nationale Klo griff, und dessen »Spannbreite von Punk, Faschismus, Dandytum, Katholizismus und Freigeistigkeit« als Vorbild präsentiert wird. Die Deutsche Stimme findet den Ansatz von Mia o.k. – sie müsse aber noch viel lernen. Von Leuten wie Klumb. Mia wünscht die Deutsche Stimme dann noch, dass ihre Karriere nicht den Angriffen der »Blockwarte der political correctness«, der »Sturmabteilung des Gutmenschentums« zum Opfer fallen würde, die den armen Klumb um seinen sicher geglaubten Erfolg gebracht haben. Sind Mia damit dort angekommen, wo sie hingehören? Solche Umarmungsversuche von rechts gibt es oft. Die Verbindung Mia / Klumb, die von der Deutschen Stimme konstruiert wird, ist deren Wunschdenken. Allerdings dergestalt, dass die Band den Anlass dazu geliefert hat. »Allein machen sie dich ein« von Ton Steine Scherben wird heute als Teil einer Querfrontstrategie auf NPD-Demos gesungen. Man kann darüber diskutieren, was an diesem Song für die Rechte attraktiv ist. Die Band gilt aber immer noch als Blaupause linker Musik, weil sie versuchte, diese mit einer entsprechenden Lebenspraxis zu verbinden.

Was auffällt, ist die Diskrepanz zwischen Sätzen wie dem seitens Mia geäußerten »eine neue Identitätsfindung im eigenen Land« und der übrigen Sprache der Band, die ziemlich rumrudert, wenn sie diese Suche nach Identität mit Inhalt füllen soll. Beim Schlagzeuger klingt das in der Taz so: »Große Begriffe, ich habe sie nicht erfunden. Sie sind mir begegnet. Bei der Suche nach einem Leben, das ich gerne lebe. Es ist etwas, dass ich nicht allein tun kann, diese Worte existieren nur, weil wir viele sind und sie bekommen keinen Sinn, wenn wir sie nicht zusammen erleben.« Leider sagt er nicht, wo sie ihm begegnet sind. Mieze erzählt stolz von Erich Fried, der mit einem seiner Gedichte die Vorlage für Mias Song »Was es ist« gegeben hat. Auf die Nachfrage des Interviewers, wer das denn wäre, weicht sie aus und rät, doch mal im Internet nachzuschauen. Das alles lässt den Verdacht entstehen, dass der Mist von der angeblich so nötigen neuen Identität überhaupt nicht ihr Mist ist. Das Ganze scheint als Filmplot zu taugen. Und der geht ungefähr so: Hungrige Band aus dem Osten trifft auf abgebrühten Westproduzenten. Es musste nur noch das richtige Image für die Band her. Die Geschäftsidee des Produzenten war der »nationale Tabubruch«. Freilich in Anführungszeichen, weil das Nationale sonst ja nur an jedem Stammtisch, in jedem CDU-Ortsverein, von der Bild-Zeitung bis zur Sportschau täglich abgefeiert wird.

Das ZDF setzte vor kurzem auf all die Casting-Shows noch eins drauf mit der eigenen Show »Die Deutsche Stimme«. So heißt zwar auch die besagte Zeitschrift der NPD, aufgeregt hat sich darüber jedoch niemand, da man vom ZDF ja nichts erwartet. Das ist der Unterschied. Von einer Band wie Mia, die vor einem Jahr noch auf einer 1.-Mai-Demo gespielt hat, erwartet man mehr. Aber statt die Enttäuschung ausschließlich der Band anzulasten, müssen auch die Erwartungen auf den Prüfstand. Klar, die dummen Sprüche sind nicht zu entschuldigen. Schon gar nicht ihr Techtelmechtel mit dem nationalen Roll-Back. Und statt ein klärendes Wort zu finden, haben Mia sich um Kopf und Kragen geredet. Dass uns eine Band enttäuscht, die eigentlich nichts anderes sagt als der Meinungs-Mainstream, hat mit unseren Erwartungen an Pop(-musik) zu tun. Da liegt die Deutsche Stimme (die NPD-Zeitung, nicht das ZDF) mit ihrer Analyse ganz richtig. Aber wenn die Linke verloren gegangenen kulturellen Einfluss wieder zurückgewinnen möchte, reicht kollektives Mia-Bashing nicht aus.

Wären Mia nicht in den nationalen Haufen getreten und nun für ein paar Wochen von einem üblen, aber am Ende wahrscheinlich nur Bekanntheit fördernden Geruch umgeben, würde man sie ohne zu zögern in einem Atemzug nennen mit einer anderen Berliner Band: Wir sind Helden, die kein Problem damit haben, auf einem Rio-Reiser-Tribute-Sampler gemeinsam mit Joachim Witt aufzutreten. Im Tagesspiegel beant-wortet die Sängerin der Band die Frage, ob sie denn links wäre, mit einem entschiedenen »Ja« – und beweist das mit ihrer Begeisterung für Joschka Fischer: »Ich habe Respekt vor ihm. Er bewegt sich souverän im Feld zwischen Konsequenz und Machbarkeit. Und er hat sich, glaube ich, doch nicht so weit von dem entfernt, was ihm wichtig ist, wie viele denken.« Auf den Einwand des Interviewers, »oft wird ihm vorgeworfen, er habe sich stark gewandelt«, antwortet sie: »Die alten Linken sollen froh sein, dass man ihn hat!« Warum denn? Kosovo und Afghanistan, Hartz und Hanau – war da was? Achtzig Prozent der Wähler sind bezüglich Fischer der gleichen Meinung. Die CDU-Wähler inklusive. Die Sängerin der Helden braucht also keine Angst haben, dass ihr radikales Bekenntnis Plattenkäufer verscheucht.

Auch sonst könnte man Einiges an Wir sind Helden kritisieren. Vom Schlager-Exotismus in »Aurelie« bis zu uneingelösten Versprechungen in ihren Texten wie: »Hol den Vorschlaghammer. Sie haben uns ein Denkmal gebaut. Und jeder Vollidiot weiß, dass das die Liebe versaut. Ich werd die schlechtesten Sprayer dieser Stadt engagiern. Die sollen nachts noch die Trümmer mit Parolen beschmiern.« Bei der Echo-Verleihung haben die Helden den Vorschlaghammer zu Hause gelassen. Das sind zwei paar Schuhe – das gefühlte Links-Sein auf der einen Seite, dass sich darin äußert, dass man Ausländer mag und die elektrische Gitarre mit Ökostrom powert. Was ja ein echter Zugewinn ist und deshalb nicht abgewertet werden soll. Auf der anderen Seite eine Musik, von der die Macher nie behauptet haben, dass sie etwas anderes sei als Unterhaltung – gewürzt mit etwas Konsumkritik, als grüne Verbraucherberatung in Zeiten, wo angeblich alle den Gürtel enger schnallen müssen. Weswegen man ihnen auch nichts vorwerfen kann. Im Gegensatz zu Mia, die mit ihrem neunen Nationalgefühl

mehr sein wollen als eine Schlagerband. Warum erwartet man aber von einer Band mehr, als den Diskussionsstand der Szene zu dokumentieren, aus der sie kommen? Die Scherben waren auch nur so lange gut, wie die Musik von einer entsprechenden Praxis begleitet war – vom Rauch-Haus bis zu Brühwarm. Die Scherben dachten auch über andere Formen der Verbreitung ihrer Musik nach. Das eigene Label könnte man in der Rückschau als Existenzgründung bezeichnen. Keine bessere Firma – nur kleiner. Interessanter ist da schon die Idee der Flugplatten. Da gab es Anfang der Siebziger z.B. anlässlich einer Kampagne gegen die Erhöhung der BVG-Fahrpreise billig produzierte Flexi-Disks. Auf der einen Seite »Mensch Meier«, auf der anderen Interviews. Billig produziert war das zwar – aber auch so was ist nicht umsonst. Das nötige Geld dazu verschafften die Kollegen vom 2. Juni, indem sie einen nicht ganz freiwillig gewährten »Bank-Kredit« vermittelten. Wenn Mia naiv und nicht ganz unbedenklich vom Tauschhandel träumen, könnten sie doch mal ihre eigene Praxis diesbezüglich überprüfen. Das hungrige Herz will aber erst mal nach oben. Dabei gibt es durchaus interessante Entwicklungen, wie z.B. musikalische Internetkollektive, die ihre Musik kostenlos als Download verbreiten oder als CD-Rs und die durch das Austauschen von Tracks, die weitergereicht und ergänzt werden, auch das durchaus fragwürdige Konzept von Autorenschaft und Urheberrecht in Frage stellen. Die Helden würden dazu sagen: »Wir müssen nur wollen.«

Nach 40 Jahren im Musikgeschäft weiß ich, dass der Besitz einer Gitarre nicht automatisch zu höheren Einsichten führt. Trotzdem stehen die Journalisten

Schlange, weil sie etwas von einem wissen wollen. Ende der Sechziger erzählte Irmin Schmidt, der Keyboarder von Can, in einem Interview, klar, sie wären Sozialisten, wollen sich aber nicht weiter dazu äußern, weil es die Strategie der Fernsehsender wäre, Musiker, die dafür nun mal nicht ausreichend qualifiziert wären, abzufragen nach fertigen Konzepten, nur um diese dann als unausgegoren zu denunzieren. Der Erfolg einer Band wie Wir sind Helden beruht nun darauf, dass sie musikalisch wie textlich ihrem Publikum von vorneherein keine neuen Konzepte, sondern eine wohlige Bestätigung liefern – wir sind wie ihr. Wenn Mia erklären, sie wollten etwas für eine »neue Identität« tun, ist das Quatsch. Ihr Erfolg beruht darauf, die vorhandene Identität zu bestätigen. Diese Bestätigung äußert sich auch musikalisch. Und das nicht erst durch Mias gänzlich unironischen Versuch, mit Blasmusik die Brücke zwischen Musikantenstadl und Techno zu schließen, wie bei ihrem letztjährigen Auftritt auf der Loveparade. Es ist vielleicht kein Zufall, dass sie im Gegensatz zu z.B. Jan Delay und seiner Orientierung an Dub und Hiphop, einen Aufguss der Neuen Deutschen Welle präsentieren. Dort wurden schon in den Achtzigern Stimmen laut, die diese von allen schwarzen Rock'n'Roll-Wurzeln befreite Musik als bewusste deutsche Identititätsfindung sahen.

Als Musiker bin ich immer etwas enttäuscht, wenn sich Lob oder Kritik einer Band als »Literaturkritik light« ausschließlich an den Texten aufhängt. Bei den frühen Konzerten der Scherben hat man vom Gesang so gut wie nichts gehört – und die Wirkung war trotzdem gewaltig. Beim Hören wirkt zuerst die Musik an sich. Und wenn dort vertraute Strukturen signalisieren, hier ist alles so, wie es immer war, erlahmt die Aufmerksamkeit, weil das Gehirn nichts Neues erwartet. Leicht verpufft da ein neuer Gedanke, der im Text enthalten sein mag. Mitsingen ist nicht automatisch mitdenken – was ja bei manchem populären Song auch ganz gut so ist.

Vielleicht sollte man einfach aufhören, von Leuten, die uns Lebenshilfe und Welterklärung in drei Strophen liefern wollen, allzu viel zu erwarten. Von uns erwarten diese Leute doch auch nichts – außer dass wir ihre Platten kaufen. Da aber möchte ich an einen Rat von Judith Holofernes, der Sängerin von Wir sind Helden, erinnern: erst mal darüber nachdenken, ob man die auch wirklich braucht. Immerhin zeigen Mia und Wir sind Helden mit ihren eher hilflosen und zum Teil schrecklich falschen Antworten, dass in der Musik überhaupt wieder Fragen gestellt werden. Womit ich wieder beim Anfang wäre: Die Party ist vorbei. Wie aber nun weiter? Vielleicht kommen ja bald Musiker mit besseren Antworten. Das muss andere Formen der Musik und des Musizierens mit einschließen. Mich jedenfalls überzeugt die Einteilung nicht : Mia sind die Bösen, die Anderen sind die Guten – und die Anderen machen dabei dieselbe Musik wie Mia, singen dazu aber: »Haut die Bullen...«

Der Autor war der erste Schlagzeuger von Ton, Steine, Scherben

vialka

3329600/3452

Heimatglück

si dou le

crush hour concerts präsentiert:

10. 06.

beginn 22 uhr

alhambra

punkrock aus tschechien, hamburg und china

BAUMTRAUM

17. Juni, 21 Uhr Alhambra

Surreales Tanztheater mit Livemusik.
Schräge Kostüme, kuriose Deko, Feuershow, Akrobatik.
BAUMTRAUM sind 25 DarstellerInnen vor und acht MusikerInnen auf der Bühne. Zusammen präsentieren sie ihr dreistündiges Programm zum ersten Mal in Oldenburg. Einen kleinen Vorgeschmack lieferten BAUMTRAUM bereits im Mai vor den MoskauerInnen von Pakava It.
Eintritt: 5 Euro

www.baumtraumx.de

zeitung und programm

juni '04

Termine

Di.	01.06.	20:00	redredred: "Bats and Mice" + "Amanda Rogers "
Do.	03.06.	20:30	Lesung: "Autonome in Bewegung" VA zum Buch
Fr.	04.06.	21:00	Punk-Konzert
Sa.	05.06.	22:00	Homophilias
Do.	10.06.	21:00	Crush Hour Concerts: Vialka + SDL
Fr.	11.06.	22:00	Reggae-Party
Sa.	12.06.	22:00	FrauenLesben Disco
Do.	17.06.	21:00	Baumtraum
Fr.	18.06.	22:00	Internatiolnale Party (Uni)
Sa.	19.06.	22:00	Männerfabrik
So.	20.06.	20:00	'Femke' Konzert und Austellung (ab 15 Uhr)
Di.	22.06	21:00	HipHop Konzert: "Master Ace" + EDO G.
Fr.	25.06.	22:00	Reggae Corner
Sa.	26.06.	22:00	Rosa Disco
Di.	29.06.	21:00	Konzert: "la minor"

regelmäßige Termiten

Wöchentlich:
Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 17.00 Jugendcafe "Kaluppe"
Do. 18.00 SchülerInnenbündnis "Swimmy"
Do.19.00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:
1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum